



Das
Bundesarchiv

EINBLICKE IN DAS
STASI-UNTERLAGEN-ARCHIV
DOKUMENTENHEFT

„Eingeschränkte Freiheit“

Der Fall Gabriele Stötzer



„Eingeschränkte Freiheit“

Der Fall Gabriele Stötzer

Die vorliegende Auswahl an Dokumenten aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv bildet ab, wie sich die Ereignisse in den Stasi-Akten widerspiegeln und nimmt keine weitere Deutung der Quellen vorweg. Die Leserschaft möge den Spielraum zur eigenen Interpretation und persönlichen Auseinandersetzung mit historischen Dokumenten nutzen. Der Verzicht auf eine quellenspezifische Interpretation der nachfolgenden Berichte und Bilder soll den Leserinnen und Lesern ermöglichen, sich selbst einen lebendigen Einblick zu verschaffen. Dieses Dokumentenheft soll damit auch als Anregung dafür dienen, sich mit historischen Einordnungen und weiterführenden Studien zu beschäftigen.

Inhalt

Vorwort	4
Einführung	7
OV „Kapitän“	8
Beschluss	10
Übergabeprotokoll	11
Untersuchungsvorgang	14
Einleitung eines Ermittlungsverfahrens	16
Schweigeverpflichtung	17
Eröffnungsbericht	18
Operativplan	22
Bildmaterial	25
Gerichtsakte	26
Haftbefehl	28
Einlieferungsanzeige	29
Vernehmung	30
Schlussbericht	34
Urteil	40
Beschluss zur Einstellung des OV „Kapitän“	41
AOP „Toxin“	42
Beschluss über das Anlegen des OV „Toxin“	44
Operativplan	45
Schriftenüberprüfung	48
Informationsbedarfsplan	51
Beobachtungsbericht	52
Anforderungsbild eines IM	54
IM-Bericht	55
Bilddokumentation	56
Sachstandsbericht	57
Konzeption zur Liquidierung der Privatgalerie	59
Abschlussbericht zum OV „Toxin“	61
Anhang	70
Abkürzungsverzeichnis	71
Das Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt	73
Stasi-Unterlagen-Archiv	75
Dokumentenhefte	79
Quellennachweis	80

Vorwort Einführung



Man kann ein Leben auf vielerlei Arten erzählen. Diese Broschüre erzählt das Leben von Gabriele Stötzer an Hand der Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der DDR. Es ist natürlich nicht ihr ganzes Leben, es ist ihre Zeit im Alter von 23 bis 33 Jahren. Und es ist erzählt aus Sicht der Stasi. Diese Version ihres Lebens beginnt am 22. November 1976 mit einem Beschluss. Es wird beschlossen, gegen Gabriele Stötzer, damals Gabriele Kachold, zu ermitteln. Oberleutnant Stahl, Oberstleutnant Haase und Oberstleutnant Bolter sind sich einig: „Die Kachold Gabriele ... sammelte Unterschriften gegen die Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR von Biermann. Sie erfüllte damit den Straftatbestand des § 220 Abs. 1, Ziffer 1 StGB.“

Abb. 1
Foto: BStU

Die drei Offiziere der Staatssicherheit, die den Beschluss unterschrieben, arbeiten in der Bezirksverwaltung Erfurt des Ministeriums für Staatssicherheit. Gabriele Stötzer lebt in Erfurt, in der Stadt, in der sie eigentlich studieren wollte, als Künstlerin. Wegen ihrer Solidarität mit einem kritischen Kommilitonen war sie vor wenigen Monaten von der Uni geworfen worden. Und jetzt erfüllt die junge Frau den „Straftatbestand des § 220“, die öffentliche Herabwürdigung der staatlichen Ordnung. Wieder war sie solidarisch, dieses Mal mit dem kritischen Liedermacher Wolf Biermann.

Wenig später ist sie verhaftet, wird verurteilt und muss ins Gefängnis. Hauptmann Stahl, Oberstleutnant Haase und Oberst Bolter beschließen am 18. Oktober 1977, dass sie ihre Akte zum Fall schließen können. „N.N. und Kachold, Gabriele wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt ...“ Gewissenhaft füllen sie das Formblatt zur „Einstellung eines Operativ-Vorganges“ aus und lassen den Vorgang als „nicht gesperrt“ ablegen. Die Beförderung von zwei der drei Stasi-Offiziere lässt vermuten, dass die Stasi die Operation als Erfolg wertete.

Der Herbst 1976 war für viele engagierte Menschen in der DDR eine Zeit, die den Fortgang ihres Lebens deutlich und massiv verändern sollte. Die Berliner Künstler, die im Hause des Schriftstellers Stephan Hermlin den Aufruf gegen die Ausbürgerung Biermanns am 17. November 1976 als Erste unterzeichneten und die vielen anderen, die sich mit diesem Aufruf solidarisch erklärten, waren fortan Zielscheibe „staatlicher Maßnahmen“. Und der Staat hatte viele Maßnahmen parat. Verhöre, Auftrittsverbote, Reiseverbote für die, die privilegiert waren, ins Ausland reisen zu dürfen. Und bei denen, die nicht so prominent waren, war die Stasi beauftragt, sie „operativ“ zu bearbeiten und sie in letzter Konsequenz ins Gefängnis zu bringen.

Dutzende Unterzeichner wurden festgenommen, viele inhaftiert und verurteilt, darunter Gerulf Pannach und Christian Kunert von der Renft-Gruppe, Jürgen Fuchs, Thomas Auerbach und eben auch Gabriele Stötzer. Bei ihrer Vernehmung sagt sie, dass sie sich „über den möglicherweise vorhandenen Unterschied zwischen Kritik und Verächtlichmachung keine Gedanken gemacht“ habe. Das hat der Staat für sie übernommen und ihre Kritik als strafbare Handlung verurteilt.

Die Geschichte von Gabriele Stötzer in den Akten der Stasi steht so für viele. Wir waren junge Menschen, Kinder der DDR, dem Sozialismus aufgeschlossen, wollten aber auch kritisch sein. Uns unsere Meinung, unsere Solidarität, unsere Selbstbestimmung nicht nehmen lassen. Wir fanden die Partei-Bonzen engstirnig und haben damals, so wie Biermann, immer gewusst, „für welchen der beiden deutschen Staaten“ wir eintreten würden. Doch das hat die Staatsmacht nicht interessiert.

Als „Feinde“ definiert wurden wir Gegenstand „operativer Vorgänge“, verpackt hinter Begriffen, die im Alltag Bespitzelung, Postkontrolle, Zersetzung und Verrat durch Freunde bedeuteten – bis wieder ein Stasi-Offizier seinen Vorgang beenden konnte, weil jemand im Gefängnis landete. Gabriele Stötzer blieb bis zum Schluss in der DDR und fast bis zum Schluss findet sich ihr Leben auch in den Akten. Sie hat sich ihre Selbstbestimmung nicht nehmen lassen wollen. Aber die Stasi hat nichts unversucht gelassen, die Freiheit, nach ihrem eigenen Willen zu leben, zu beschneiden. Das dokumentieren die Unterlagen in dieser Broschüre im Detail und in der Sprache der Geheimpolizei.

Die Zusammenstellung von Stasi-Akten zu Gabriele Stötzer endet in dieser Broschüre mit dem Abschluss-Bericht eines weiteren Operativen Vorgangs (OV Toxin) gegen sie am 29. September 1986. Lange Jahre hat die Stasi Gabriele Stötzer da schon im Visier, hat viele ihrer Projekte überwacht, durch Maßnahmen beendet und sie selber „verunsichert“. Am 16.04.1989 eröffnet die Stasi eine OPK „Medium“ gegen sie, die aber im Herbst 1989 von der Geheimpolizei vernichtet wurde. Im Dezember 1989 gehört sie zu den ersten mutigen Bürgerinnen, die eine Stasi-Dienststelle besetzen, in Erfurt.

Roland Jahn

1953 in Jena geboren, bis 2021 Bundesbeauftragter für die Stasi-Unterlagen



Einführung

Gabriele Stötzer wurde am 14. April 1953 in Emleben bei Gotha geboren. Nach ihrer Ausbildung zur medizinisch-technischen Assistentin legte sie an der Abendschule in Erfurt das Abitur ab. 1973 begann Gabriele Stötzer an der Pädagogischen Hochschule Erfurt Deutsch und Kunsterziehung zu studieren.

Abb. 2
Foto: Pralle Sonne

Weil sie die Exmatrikulation eines kritischen Kommilitonen nicht hinnahm, musste sie Mitte 1976 die Hochschule verlassen. Im Herbst 1976 organisierte sie zusammen mit Thomas Wagner eine Unterschriftensammlung gegen die Ausbürgerung Wolf Biermanns. Daraufhin wurde sie von der Staatssicherheit festgenommen und fünf Monate später wegen „Staatsverleumdung“ zu einem Jahr Haft verurteilt.

Nach der Entlassung begann Gabriele Stötzer mit dem Schreiben autobiografischer und experimenteller Texte. Mit ihrer privaten „Galerie im Flur“, die 1981 verboten wurde, bot sie unangepassten Künstlern eine Plattform. Obwohl bis 1989 intensiv von der Staatssicherheit überwacht und in ihren kreativen Aktivitäten behindert, gelang es Gabriele Stötzer immer wieder, kreative Gruppen zu formen, die in die Öffentlichkeit wirkten. Dazu gehörten der Akt-Zeichenzirkel „Gruppe Nord“, Künstlerinnengruppen oder eine Punk-Gruppe, mit denen sie verschiedene Projekte gestaltete. Über eine gewisse Zeit konnte man sich so den Vorgaben und Bevormundungen des staatlichen Kunst- und Kulturbetriebs entziehen.

Im Herbst 1989 engagierte sie sich in der Bürgerbewegung. Am 4. Dezember 1989 gehörte sie zu den fünf Protagonistinnen, die die Besetzung der Erfurter Staatssicherheitszentrale initiierten.

1992 erfolgte ihr gerichtliche Rehabilitierung.

OV „Kapitän“

1116671

ERFURT

V

Operativ-Vorg.

Reg.-Nr. Erfurt / IX 743/76
"Kapitän"

Beginn 25. Nov. 1976

Beendet 8. Nov 1977

Archiv-Nr. 1299/77

Band-Nr. I
Abt. XX

Der Bundesbeauftragte für die
Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes

Außenstelle Erfurt
fol. 1.- 212

FLEIT Hefter (DAPat.)
Bestell-Nr. T 108/So
VEB Organisations-Technik 652 Eisenberg/Thür.
V 10 25 Ma-G 3/11/72

MfS/BV/Verw. Erfurt Erfurt, den 22.11.1976
 Dienst Einheit XX/3
 Mitarbeiter Stahl Reg.-Nr. IX 743/76

0008
IX 869/76

Beschluss

BStU
000008

über das Anliegen
 einer Operativ-Vorlaufakte

- Deckname (wenn als notwendig erachtet)
- Tatbestand

eines Operativ-Vorganges

- Deckname
- Tatbestand

eines Ermittlungsverfahrens
 (nur bei Ermittlungsverfahren ohne Haft/gegen Unbekannt/bei Übernahme von anderen Organen)

- Tatbestand § 220 Abs. 1 Ziffer 1 StGB

eines Vorganges über Feindobjekt/Sondervorgang

- Bezeichnung des Objektes/Personenkreises

Gründe für das Anliegen:
 Die Kachold Gabriele stellte zusammen mit [redacted] Abschriften der "Erklärung Berliner Künstler" her und sammelte Unterschriften gegen die Aberkennung der Staatsbürgerschaft der DDR von Biermann.
 Sie erfüllte damit den Straftatbestand des § 220 Abs 1, Ziffer 1 StGB.

Stahl
Oberleutnant
Mitarbeiter

Haase
Oberleutnant
Leiter der Dienst Einheit

Boller
Oberleutnant
Unterschrift

Bestätigt am: vom

* Anmerkung: Zusätzlich Name und Dienstgrad mit Maschine bzw. Druckschrift angeben.

Form 1 b 846 374 50.0

Erfurt, den 22.11.1976
 0024

Übergabeprotokoll

BStU
000033

Am heutigen Tag, den 22.11.1976 wurden auf Verlangen durch den Bürger

Name: KACHOLD Vorname: Gabriele
 geb. am: 14.4.53 in: Emsleben/Kr. Gotha
 wohnhaft: Erfurt, Triftstr. 41
 PA-Nr.: IX-1028463 VPKA Gotha

nachfolgend aufgeführte Gegenstände, die der Beschlagnahme unterliegen, herausgegeben:

lfd.Nr.	Anzahl	Bezeichnung
1.	1	Durchschlag „Erklärung der Berliner Künstler v. 17.11.1976“
2.	3	Blatt mit 20 Unterschriften (1 Original, 2 Durchschläge)
3.	2	Blatt Kopierpapier

1 Em AS /
Beschluss

Die Durchsichtung und Beschlagnahme wird gemäß § 121 StPO bestätigt, weil sie sachlich berechtigt war und die Art und Weise ihrer Durchführung dem Gesetz entsprechen hat.
 Von einer Durchsichtung wurde gemäß § 140 Abs. 3 StPO abgesehen, da der Zweck der Durchsichtung erfüllt ist.
 Erfurt, den 20.11.76
 Über mein Beschlagnahmerecht gemäß § 91 StPO bin ich belehrt worden.

Übernommen: Reichner, Oth. Übergeben: G. Kachold

Erklärung der Berliner Künstler vom 17.11.1976

Wolf Biermann war und ist ein unbequemer Dichter. Das hat er mit vielen Dichtern der Vergangenheit gemein. Unser sozialistischer Staat, eingedenk des Wortes aus Marxens "18. Brumaire", demzufolge die proletarische Revolution sich unablässig selbst kritisiert, müßte im Gegensatz zu anachronistischen Gesellschaftsformen eine solche Unbequemlichkeit gelassen nachdenklich ertragen können.

Wir identifizieren uns nicht mit jedem Wort und jeder Handlung Wolf Biermanns und distanzieren uns von den Versuchen, die Vorgänge um Biermann gegen die DDR zu mißbrauchen. Biermann selbst hat nie, auch nicht in Köln, Zweifel darüber gelassen, für welchen der beiden deutschen Staaten er bei aller Kritik eintritt.

Wir protestieren gegen seine Ausbürgerung und bitten darum, die beschlossene Maßnahme zu überdenken.

Christa Wolf	Kritik	Volker Braun
Gerhard Wolf	Sarah Kirsch	Stefan Heyn
Erich Arendt	Rolf Schneider	Stephan Hermlin
Jurek Becker	Franz Fühmann	Heiner Müller
Günter Kunert		

Zusatz:

Wir erklären uns mit dem Protest der Berliner Schriftsteller vom 17.11.76 gegen die Ausbürgerung von Wolf Biermann solidarisch:

Jutta Hoffmann	Wassja Götze	Peter Hermann
Katharina Thalbach	Eckehard Schell	Erika Böttcher
Manfred Krug	Hilmar Thade	Jürgen Böttcher
Ulrich Plenzdorf	Angelika Domröse	Von der Renft-Gruppe:
Klaus Schlesinger	Rolf Ludwig	Thomas Schoppe
Fritz Rudolf Fries	Käthe Reichelt	Christian Schoppe
Thomas Brasch	Mina Hagen	Christian Kunert
F.K. Tragelehn	Eva-Maria Hagen	Gerulf Pannach
Kurt Bartsch, H.J. Schädlich		Jürgen Fuchs
	Bettina Wegner	Robert Havemann
	Christiane Ufholz	Sybilla Havemann
	Kurt Demmler	Gisela May
	Eberhard Esche	
	Choy Habemma	

0050

BStU
000060

BStU
000038

0029

Blatt -2-

22

Es wurden beschlagnahmt und in Verwahrung genommen:

Lfd. Nr.	Menge Anzahl	Gegenstand	Genauere Bezeichnung des Fundortes
1	95,13	Mark der BRD	Schrankwand im Wohnzimmer
2	354,35	Kronen CSSR	" "
3	138,30	Forint Ungarn	" "
4	189,00	Zloty Polen	" "
5	3,67	Lei Rumänien	" "
6	3	Kleinbildnegative	" "
7	6	Landkarten	" "
8	1	Prospekt KIMO-KLOB	" "
9	2	Studentenausweise	" "
10	1	Reiseprospekt Rumänien	" "
11	1	"Schiffskarte"	" "
12	1	FUGB-mitgliedsbuch	" "
13	1	Ausweis für Gruppenleiter	" "
14	1	FDJ-Ausweis	" "
15	1	Arbeitsvertrag	" "
16	1	SVK-Ausweis	" "
17	11	Ansichtskarten	" "
18	3	Kleinbildnegative	" "
19	4	Bierdeckel mit Aufzeichnung	" "
20	27	Briefe	" "
21	4	Briefe ohne Umschlag	" "
22	2	DPA-Anträge	" "
23	1	Antrag auf Ausreise DDR	" "
24	1	Zeitungsannonce	" "
25	15	Zettel mit Adressen	" "
26	12	Fotos	" "
27	41	Kontoauszüge	" "
28	1	Einlieferungsschein	" "
29	1	Zettel Otto Häuser MD	" "
30	5	Bescheinigungen Schülerkarte	" "
31	2	Einlieferungsscheine nach Holland, Berlin	" "
32	1	Strafgesetzbuch mit Anmerk.	Bücherregal Wohnzimmer
33	1	Strafprozessordnung	" "
34	1	Broschüre "Die Entwicklung..."	" "
35	1	Buch v. Dylan Thomas	" "
36	1	Buch v. C. Morgenstern	" "
37	17	Zeitungsausschnitte	" "
38	1	Bewerbungsschreiben	" "
39	2	Seiten handschr. Aufzeichn.	" "
40	1	Schreibblockumschlag	Schrankwand im Wohnz.
41	3	Seiten "Sieben unverblühte..."	" "
42	8	Seiten Tagebuchaufzeichn. mit Schreibmasch. Durchschlag	" "
43	3	Blatt "Bemerkungen zu den..."	" "
44	10	Blatt "Gedächtnisprotokoll"	" "
45	3	Schreiben an Ministerium für hoch- und Fachschulwesen mit Durchschlägen	" "

Untersuchungsvorgang

ERFURT

X

ohne Fortnahme

Reg.-Nr. Erfurt / IX 869/76

 Kachold, Gabriele

Beginn 29. Dez. 1976

Beendet 05. März 1979

Archiv-Nr. M. 444/78

Band-Nr. I

TELEF Hefter (DAPat)
Bestell-Nr. T 108/So
VzB Organisations-Technik 652 Eisenberg/Thür.
1 10 23 Ma-G 2/17 82

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen
des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen
Deutschen Demokratischen Republik

Archiv der Außenstelle Erfurt

BV Erfurt

AU **444/78**

Bd. **1**

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit

BStU
000003

Erfurt, den 23. 11. 1976

Verfügung

Gemäß § 98 der Strafprozeßordnung wird gegen den/die

Name KACHOLD geb. STÖTZER

Vorname Gabriele

geboren am 14. 4. 1953 in Emleben

Beruf Laborantin zuletzt Laborantin

Wohnanschrift Erfurt, Triftstraße 41

aus den unten angeführten Gründen die Einleitung/~~Erweiterung~~ eines/(des*) Ermittlungsverfahrens angeordnet.

Gründe:

Die KACHOLD ist verdächtig, im Zeitraum vom 20. bis 22. 11. 1976 in der Öffentlichkeit Maßnahmen staatlicher Organe im Zusammenhang der Ausbürgerung des Wolf BIERMANN verächtlich gemacht zu haben.

Strafbar gemäß: § 220 Abs. 1 Ziff. 1 StGB



[Handwritten Signature]
Leiter des Untersuchungsorgans

*) Nichtzutreffendes streichen

0049 42

MINISTERRAT DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
Bezirksverwaltung Erfurt

BStU
000059

Erfurt, den 23. 11. 1976

Schweigeverpflichtung

Ich,

Gabriele Kachold
geb. am *14. 4.* in *Emleben*
wohnhaft: *50 Erfurt, Triftstr. 41*

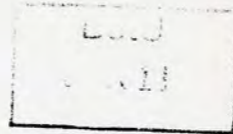
verpflichte mich hiermit, über den Inhalt meiner heutigen Befragung / Vernehmung durch das Untersuchungsorgan gegenüber jedermann strengstes Stillschweigen zu bewahren. Diese Schweigeverpflichtung betrifft auch meine Familienangehörigen.

Ich bin mir bewußt, daß jede Verletzung dieser Schweigeverpflichtung strafrechtliche Verantwortlichkeit nach sich zieht.

G. Kachold
Unterschrift

Abteilung XX

0011 00009
Erfurt, den 24. 11. 1976
St/Ra



Bestätigt:

Stellvertreter Operativ

B o l l e r
Oberstleutnant

Eröffnungsbericht

zum Operativ-Vorgang "Kapitän" Reg.-Nr. IX /76

Gründe für das Anlegen:

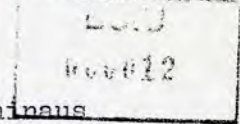
Das Anlegen und die Bearbeitung des Operativ-Vorganges erfolgt gemäß des Straftatbestandes § 220 StGB. Im Rahmen der operativen Bearbeitung ist zu prüfen, ob der Straftatbestand § 106 StGB erfüllt ist.

Am 20. 11. 1976 wurde die Person

Name, Vorname: [redacted]
geb. am/in: [redacted]
wohnhaft: [redacted]
Beruf: [redacted]
Tätigkeit: [redacted]
Arbeitsstelle: [redacted]

durch die von früher bekannte Person [redacted] aus Jena aufgesucht und aufgefordert, eine "Solidaritätserklärung" als Anhang der "Erklärung der Berliner Künstler" vom 17. 11. 76 zu unterzeichnen.

0012 00010



[redacted] stimmte dem Anliegen zu und erklärte sich darüber hinaus bereit, [redacted] mit anderen Erfurter Bürgern zusammenzuführen, die ebenfalls gegen die Ausbürgerung Biermanns wären.

Ergebnisse der bisherigen operativen Bearbeitung:

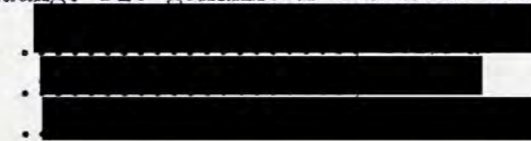
Zur Realisierung seiner Zielsetzung, weitere Unterschriften für eine "Solidaritätserklärung" mit Biermann zu erlangen, setzte sich [redacted] mit [redacted]:

Name, Vorname: [redacted]
geb. am/in: [redacted]
wohnhaft: [redacted]
Beruf: [redacted]
Tätigkeit: [redacted]
Arbeitsstelle: [redacted]

und

Name, Vorname: .. Kachold, geb. Stötzer, Gabriele
geb. am/in: .. 14.4.53 in Emlen
wohnhaft: .. Erfurt, Triftsk. 47
Beruf: ..
Tätigkeit: .. Laborantin
Arbeitsstelle: .. Jenapharm, BT Erfurt

in Verbindung. Die genannten Personen sowie



trafen am 20. 11. 1976 in der Wohnung [redacted] zusammen und kamen überein, eine Abschrift der "Erklärung der Berliner Künstler" vom 17. 11. 1976 zu fertigen und Unterschriften dafür zu sammeln.

Die Abschrift wurde mit mehreren Durchschlägen gefertigt und von den genannten Personen selbst unterzeichnet.

- 3 -

00011

00011
00013

Am 21. 11. 1976 sammelte [REDACTED] weitere 15 Unterschriften ihm bekannter Personen. Dabei wurde er [REDACTED] unterstützt. Es war vorgesehen, die Abschrift "der Erklärung" mit den Unterschriften am 23. 11. 1976 an das ZK der SED zu senden. Ein Durchschlag der Unterschriftenliste sollte an einen der Erstunterzeichneten Berliner Künstler geschickt werden, während ein zweiter Durchschlag bei der K. in Verwahrung bleiben sollte.

Bei den Personen

Kachold
..... Gabriele

[REDACTED]

handelt es sich um ehemalige Studentinnen der Pädagogischen Hochschule Erfurt, die wegen Organisierung von Unterschriftensammlungen für den wegen Verbreitung revisionistischer Auffassungen im Juni 1976 exmatrikulierten Studenten [REDACTED], im September exmatrikuliert wurden.

Durch die Einleitung geeigneter operativen Maßnahmen wurden alle durch den genannten Personenkreis gefertigten Unterschriftenlisten eingezogen.

Strafrechtliche Einschätzung:

Die bearbeitenden Personen haben durch ihre Aktivitäten den Straftatbestand des § 220 Abs. 1 Ziffer 1 StGB erfüllt.

Die Herstellung der Abschrift der "Erklärung der Berliner Künstler" vom 17. 11. 1976, der Unterzeichnung dieses Schriftstückes sowie der Sammlungen weiterer Unterschriften ist objektiv geeignet, die Maßnahmen von staatlichen Organen und Einrichtungen in der Öffentlichkeit verächtlich zu machen und zu verleumden.

Auf Grund ihres Bildungs- und Gesundheitszustandes sind die bearbeitenden Personen für ihre strafbare Handlung strafrechtlich verantwortlich.

Im Rahmen der weiteren operativen Bearbeitung ist zu prüfen, inwieweit die bearbeitenden Personen den Straftatbestand des § 106 StGB erfüllt haben.

- 4 -

00011

00012

00014

Zielstellung der operativen Bearbeitung:

Das Ziel der operativen Bearbeitung im Operativ-Vorgang besteht darin:

- Erarbeitung von weiteren Beweisen zum Inhalt und Charakter der Straftat
- Verhinderung weiterer feindlicher Handlungen
- Aufklärung und operative Kontrolle der Verbindungen in der DDR und im Operationsgebiet
- Aufklärung der dominierenden Motive, Hintergründe und Einflüsse für die Begehung der Straftat.

Stahl
S t a h l
Oberleutnant

Leiter der Abteilung XX

Hasse
H a s s e
Oberstleutnant

Abt. FX13 Seite 1X II. Erfür 2, den 26. 11. 76

Operativplan

Zur Bearbeitung des Operativ-Vorgangs
"Kapitän", R.-Nr. IT 743/76

00152

00013
000015

Im Operativ-Vorgang werden die Personen

[Redacted names]

Karchold, geb. Stötzer, Gabriele
14.4.53 in Emsleben
Laborantin
VEB Jenapharm, Betriebsrat Erfür 2
Erfür 2, Trißlaße 41

wegen Verdacht der Staatsverleumdung
gem. § 220 StGB bearbeitet.

Maßnahmen	Zielskizze	Termin	Voraussetz.
1. Überprüfung der bearbeiteten Personen in den Speichern als H/1, Durchsichting von Schriftenverplett in Ref IT/2 (Mandatschriften und Schreibmaschine der Karchold	gibt s in den Speichern Hinweise über die Personen bzw. was heißt über die Personen schon vor	31.11. 1977	olth. Stahl
2. Einleitung von H-Kontroll über Karchold	Feststellung und Aufklärung der Verbindungen in das NW	30.12. 1976	olth. Stahl
3. Einleitung von Kontrollmaßnahmen an der Wohnung der Karchold, dabei vor allem Minimierung des Risikos	[Redacted]		olth. Stahl

0016

00014
BSTU
000015

-3-

4. Durchführung von Ermittlungen ~~an~~ ^{Umfassende} Befragung der Personen, die bearbeiteten oder bearbeiten die Person Kachold's & alle
 Personen, Beschaffung offizieller
 Briefe für die Abl. II

5. Enge Zusammenarbeit mit der
 Abl. II zur Erarbeitung von weiteren
 Beweisen zum Inhalt und Charakter
 der Kräfte

6. Erarbeitung einer Kopie über-
 sichtlich über Verbindungen oder
 bearbeiteten Personen sowie die
 Zusammenarbeit der konkreten An-
 teil dieser Personen an oder
 Unterschriftensammlung für
 Personen

28.2.
1977

alt.
Stahl

alt.
Stahl

0017

00015

ESU
000017

alt.
Stahl

alt.
Stahl

00132

0135

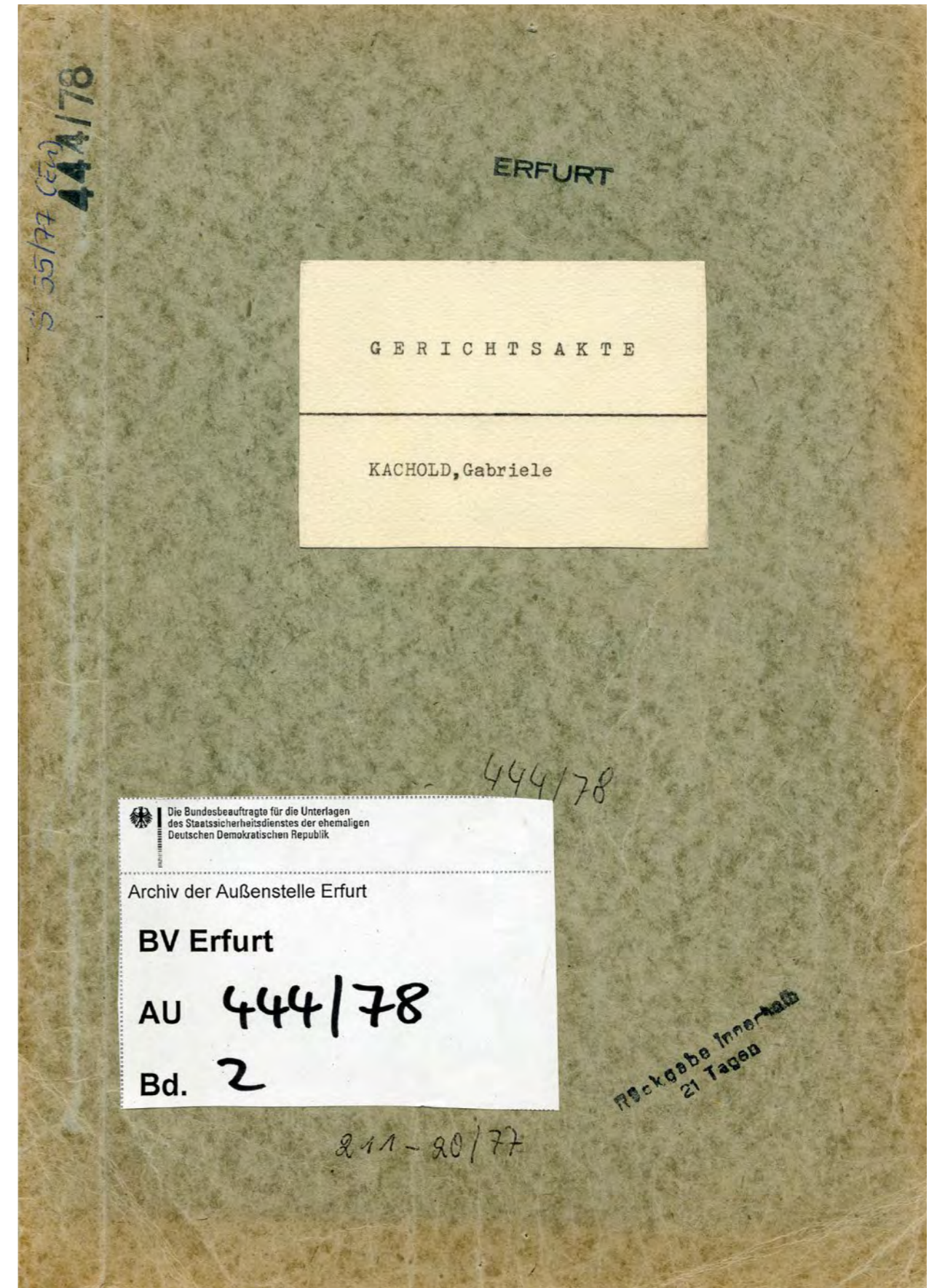
ESU
000135

Inhalt:
 Negativ
 Foto 136-139

Bildmaterial
 über
 [redacted]
 Kachold, Gabriele
 [redacted]
 (Verbindung der K. Gabriele)



Gerichtsakte



4

Das Kreis-gericht BSTU
000008

Aktenzeichen: 3/77 Erfurt, den 6. 1. 1977
(Bei Eingaben stets anführen) Fernruf


Haftbefehl

Die KACHOLD, geb. STÖTZER, Gabriele, geb.am: 14. 4. 1953 in Emleben, wh.: Erfurt, Triftstr. 41
ist in Untersuchungshaft zu nehmen.

Sie wird beschuldigt, eine Straftat gegen die staatliche und öffentliche Ordnung begangen zu haben.

Die Beschuldigte soll die von der Regierung der DDR im Zusammenhang mit der Ausbürgerung des ehemaligen DDR-Bürgers BIERMANN getroffenen Maßnahmen in der Öffentlichkeit dadurch verächtlich gemacht haben, daß sie diese Maßnahmen insbesondere in ihrem Arbeitskollektiv wiederholt als "moralisch verwerflich", "unrechtmäßig" und "starkes Stück" bzw. in ähnlicher Weise herabwürdigte. Sie soll solche Äußerungen auch noch nach Einleitung eines Ermittlungsverfahrens fortgesetzt und dabei das Ziel verfolgt haben, positive Stellungnahmen zu den getroffenen Maßnahmen zu verhindern. Bereits zuvor soll die Beschuldigte im Zusammenwirken mit einem weiteren Beteiligten in gleicher Absicht Unterschriften für eine sogenannte Protestresolution gesammelt haben bzw.daran beteiligt gewesen sein.

Vergehen/Verbrechen gem. § § 220 Abs. 1 Ziff.1StGB
Er/Sie ist dieser Straftat dringend verdächtig.
Die Anordnung der Untersuchungshaft ist gemäß § 122 Abs. 1 Ziff. 3 u. 4 StPO gesetzlich begründet, weil sich aus dem hartnäckigen und uneinsichtigen Verhalten der Beschuldigten nach Einleitung des Ermittlungsverfahrens Wiederholungsgefahr ergibt und die ihr zur Last gelegte Straftat außerdem mit Haftstrafe bedroht ist.


Kreisgerichtsdirektor

Gegen diesen Haftbefehl ist das Rechtsmittel der Beschwerde zulässig (§ 127 StPO).
Sie ist binnen einer Woche nach Verkündung des Haftbefehls bei dem unterzeichneten Gericht zu Protokoll der Rechtsantragstelle oder schriftlich durch den Betroffenen oder einen Rechtsanwalt einzulegen (§§ 305, 306 StPO).

Best.-Nr. 22016 Haftbefehl - §§ 124, 127, StPO
Vordruckbetrieb Demos Osterwieck
Ag 305 DDR/75/2129/200,0 T

2

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit

BSTU
000005


Erfurt, den 6. 1. 1977

Einlieferungsanzeige

Am 6. 1. 1977 wurde gegen 10.00 Uhr
in Erfurt wegen des dringenden
Tatverdachts der Staatsverleumdung

a) auf der Grundlage eines richterlichen Haftbefehls
b) vorläufig festgenommen

und am 6. 1. 1977 in die UHA Erfurt
eingeliefert.



Name KACHOLD geb. STÖTZER Vornamen Gabriele
geb. am 14. 4. 1953 in Emleben
Beruf med.techn. Assistentin zuletzt Laborantin
Anschrift der Arbeitsstelle VEB Jenapharm BT Erfurt, Altonaer Straße

Familienstand verheiratet Staatsangehörigkeit DDR Nation deutsch
Wohnanschrift Erfurt, Triftstraße 41

Letzter Aufenthalt Erfurt, Triftstr. 41

Name und Anschrift der nächsten Angehörigen [REDACTED]

Nummer der Personaldokumente [REDACTED]

Die Vorführung erfolgte
am 6. 1. 77 14.30 Uhr
durch Heinz Jfw.

Reid-er
Name und Dienstgrad des Einliefernden

0013 6

Das **Kreis-**gericht
Erfurt-Mitte

Aktenzeichen: 3/77 Erfurt, den 6. 1. 1977

Strafsache

Anwesend: BStU
000015

Richter Wendelmuth
als Vernehmender gegen **KACHOLD, Gabriele**

Heinz
als Protokollführer wegen **§ 220 StGB**

Beginn der Vernehmung: 14.30 Uhr

Der Haftbefehl des **Kreis-**gerichts
Erfurt-Mitte
vom 6.1.77 Az. 3/77
wurde ihr am 6.1.77 14.45 Uhr
bekanntgegeben.

Vorgeführt erscheint die Beschuldigte Angeklagte.
Ihre wurde eröffnet, was ihr zur Last gelegt wird.
Er/Sie wurde über ~~seiner~~ ihre Rechte (§§ 15, Abs. 2, 61
StPO) belehrt. Befragt, was ~~er~~ sie zu der gegen ~~ih~~ sie
erhobenen Beschuldigung zu sagen habe, erklärte er / sie:

1. Zur Person:

Vor- und Familiennamen: **KACHOLD, geb. STÖTZER, Gabriele**
(Rufname unterstreichen - ggf. auch Bei- oder Geburtsname angeben)

geboren am 14.4.53 in **Emleben** Kreis **Bezirk**

Familienstand: **verheiratet** Staatsangehörigkeit: **DDR**

Letzter Wohnort: **Erfurt, Triftstr. 41**

Beruf und Arbeitsverhältnis: **med.techn. Assistentin/
Laborantin**

Festgenommen am: 6. 1. 1977 Uhr: 10.00

Name und Anschrift des gesetzlichen Vertreters
(bei Jugendlichen der Eltern und sonstigen Erziehungsberechtigten)

Best.-Nr. 220 01 Vordruckbetrieb Demos Osterwick Ag 305-DDR IV-27-13 O

2. Zur Sache:

Ich bestreite nicht, daß ich mich im Arbeitskollektiv wiederholt gegen die Maßnahmen der Regierung der DDR im Zusammenhang mit der Ausbürgerung von BIERMANN geäußert habe. Ich empfand diese Maßnahme nicht als richtig und wollte zum Ausdruck bringen, daß sie kritikwürdig sind, zumindest nach meiner Auffassung. Wenn mir dargelegt wird, daß meine Äußerungen über den Rahmen einer Kritik hinausgehen und eine Verächtlichmachung beinhalten, so kann ich zu dieser Auffassung nur sagen, daß ich dazu nicht die Absicht hatte und ich mir über den möglicherweise vorhandenen Unterschied zwischen Kritik und Verächtlichmachung keine Gedanken gemacht habe. Im übrigen beziehe ich mich auf meine Vernehmung durch das Untersuchungsorgan.

BStU
000016

3. Zur weiteren Beweiserhebung stellt der Beschuldigte / Angeklagte folgende Anträge:

keine Beweisanträge

4. Von der Verhaftung des Beschuldigten / Angeklagten sollen benachrichtigt werden:

[REDACTED]

Es wird anliegender Haftbefehl verkündet.
Er/Sie wird über das Recht sowie Form und Frist der Einlegung der Haftbeschwerde belehrt. *)

Vorgelesen, genehmigt und unterschrieben
am 6. 1. 1977 15.10 Uhr

Vernehmender: *[Signature]* Protokollführer: *Heinz* Beschuldigte / Angeklagte: *Gabriele Kachold*

*) Nichtzutreffendes ist zu streichen.

Erfurt, den 6.1.1977 171
 Beginn: 8.30/12.15 Uhr
 Ende: 10.30/16.30 Uhr
 5 Expl. ...1... Ausf./Soe

Vernehmungsprotokoll
 des Beschuldigten

BSU
 000185

KACHOLD, Gabriele
 geb. am: 14.4.1953 in Emleben
 Beruf: med. techn. Assistentin
 wohnhaft: 50 Erfurt, Triftstr. 41

Frage: Wie haben Sie in der Öffentlichkeit den Beschluß staatlicher Organe der DDR, BIERMANN die Staatsbürgerschaft abzuerkennen, herabgewürdigt?

Antwort: Auf diese Frage verweigere ich die Antwort, da in der Frage das Wort "herabwürdigen" steht und ich meiner Meinung nach den genannten Beschluß nicht herabgewürdigt habe.

Vorhalt: Sie sagten in der Voruntersuchung aus, entsprechend Ihres Entschlusses, in der Öffentlichkeit gegen diese Maßnahme staatlicher Organe der DDR vorzugehen, diese "nicht legal", "ungerechtfertigt" und "moralisch verwerflich" bezeichnet zu haben.

Wieso behaupten Sie nunmehr, den genannten Beschluß nicht herabgewürdigt zu haben?

Antwort: Wie ich bereits gestern in meiner Vernehmung aussagte, habe ich die Worte "nicht legal" nicht im Zusammenhang mit dem Beschluß der DDR-Organen gebraucht. Was die Äußerung "ungerechtfertigt" und "moralisch verwerflich" anbelangt, so betrachte ich das nicht als eine Herabwürdigung des genannten Beschlusses.

Gabriele Kachold

- 2 -

BSU
 000186

172

Frage: Weshalb betrachten Sie diese Äußerung nicht als Herabwürdigung?

Antwort: Sie entspricht genau meinen Empfindungen, welche ich von Anfang an gehabt habe, also gleich nachdem ich von dem Beschluß erfuhr. Herabwürdigen ist meiner Meinung nach, wenn man eine bestimmte Sache ganz gezielt und in einer vorher festgelegten Art und Weise diskriminiert, d. h., verfälscht darstellt, um eine bestimmte negative Wirkung zu erzielen. D. h., "herabwürdigen" bedeutet meiner Meinung nach, eine bestimmte Sache ganz gezielt und in einer vorher festgelegten Art und Weise zu verfälschen, um eine bestimmte negative Wirkung bezüglich dieser Sache zu erzielen. Demzufolge habe ich den Beschluß nicht herabgewürdigt, da ich ihn nicht verfälscht habe - obwohl andere Anforderungen laut der von mir oben genannten Definition erfüllt sind.

Frage: Welche Schlußfolgerungen zogen Sie nach der Einleitung des Ermittlungsverfahrens für Ihr weiteres Auftreten in der Öffentlichkeit?

Antwort: Ich möchte erklären, daß ich nunmehr, da ich im Untersuchungshaft genommen wurde, keine Veranlassung sehe, weitere Aussagen zu machen. Ich verweigere weitere Aussagen, obwohl ich mehrfach aufgefordert wurde, auf die mir gestellten Fragen wahrheitsgemäß zu antworten.

Ich habe das Vernehmungsprotokoll selbst gelesen. Der Inhalt desselben entspricht in allen Teilen den von mir gemachten Aussagen. Meine Worte sind darin richtig wiedergegeben.

[Handwritten signature]
 - Leutnant -

Gabriele Kachold
 KACHOLD, Gabriele -

Bezirksverwaltung für
Staatssicherheit Erfurt
Untersuchungsabteilung

Erfurt, den 11. 3. 1977
Ho/Hz

BStU
000267

S c h l u ß b e r i c h t

Die Beschuldigte

KACHOLD, Gabriele, geborene STÖTZER
geb. am: 14. 4. 1953 in Emleben
PKZ: 140453516420
Schulbildung: Abitur
Beruf: medizinisch-technische Assistentin
zuletzt: Laborantin im VEB Jena Pharm BT Erfurt
wohnhaf: Erfurt, Triftstraße 41
verheiratet
Bürger der DDR
parteilos
Mitglied des FDGB seit 1971
Mitglied der FDJ seit 1967
keine Wahlfunktionen
nicht vorbestraft
keinen Wehrdienst
in Untersuchungshaft seit dem 6. 1. 1977
in der Untersuchungshaftanstalt der
Bezirksverwaltung für Staatssicherheit
Erfurt

- 3 -

Die Untersuchungen ergaben:

Die Beschuldigte

KACHOLD, Gabriele

BStU
000269

entstammt einer Arbeiterfamilie und wuchs in geordneten Familienverhältnissen auf. Sie nahm bis zum Abschluß der POS im August 1969 eine gesellschaftsgemäße Entwicklung, die durch sehr gute schulische Leistungen sowie eine aktive Mitarbeit in gesellschaftlichen Organisationen gekennzeichnet war. Im Institut für Arbeitshygiene der Medizinischen Akademie Erfurt erlernte die Beschuldigte den Beruf einer medizinisch-technischen Assistentin. Wie aus einer der Akte als Beweismittel beigefügten Beurteilung dieses Instituts vom 27. 9. 1972 hervorgeht, leistete sie eine gute Arbeit, aber sie wurde bereits zum damaligen Zeitpunkt darauf hingewiesen, daß sie Ordnung, Disziplin und Selbstkritik unterschätzt.

(Blatt der Akte)

In ihrer Freizeit traf die KACHOLD damals vornehmlich mit Jugendlichen zusammen, die der politisch-ideologischen Diversion der Massenmedien der BRD unterlegen waren und vor allem der bürgerlichen Dekadenz anhängen. Kennzeichnend für diesen Kreis, dem sich die Beschuldigte anschloß, war das Streben, gegen bestehende Realitäten jeglicher Art zu opponieren, ohne dabei selbst ein echtes Lebensziel zu entwickeln. Bedingt durch ihre persönliche Weiterentwicklung, die Beschuldigte begann 1971 auf der Abend-schule das Abitur nachzuholen, löste sie diese Bindungen.

Von Oktober 1972 bis Juni 1973 arbeitete die Beschuldigte im VEB Jena-Pharm, BT Gotha, Betrieb Erfurt als Laborantin. Wie aus der der Akte beigefügten Beurteilung vom 29. 12. 1976 hervorgeht und durch die Zeugenaussage [REDACTED] bestätigt wurde, zeichnete sich die KACHOLD in dieser Zeit durch eine Zielstrebigkeit, Einsatzbereitschaft und ein großes fachliches Interesse aus.

- 4 -

Sie nahm damals eine positive Stellung zur gesellschaftspolitischen Entwicklung in der DDR ein, ohne den Standpunkt der Arbeiterklasse konsequent einzunehmen.

(Blatt der Akte)

BSU
000270

Im September 1973 begann die KACHOLD an der PH Erfurt ein Direktstudium der Fachrichtung Deutsch/Kunsterziehung. Ihr ging es dabei ausschließlich um die Vervollständigung ihrer persönlichen Kenntnisse und die Befriedigung ihres Interesses für Kunst und Literatur. Die sich aus ihrem Studium für sie ergebenden Pflichten gegenüber der sozialistischen Gesellschaftsordnung erkannte sie nicht. Diese Pflichten empfand sie als Last und als Beeinträchtigung der Entwicklung ihrer Persönlichkeit. Diese lebensfremden Auffassungen begünstigten bei der KACHOLD die Herausbildung falscher politischer Anschauungen.

Wie die Beschuldigte ausführt, meinte sie sich durch den Empfang von Sendungen des BRD-Rundfunks und -Fernsehens eine sogenannte objektive politische Meinung bilden zu können. Dadurch gelangte sie zu gegen den realen Sozialismus gerichteten revisionistischen Anschauungen in Form des politischen Pluralismus. Dabei wurde sie stark beeinflusst durch ihren Mitstudenten [REDACTED]. Die KACHOLD übernahm dessen revisionistischen Standpunkt.

Wie aus der der Akte als Beweismittel beigegebenen Beurteilung der PH Erfurt vom 22. 12. 1976 hervorgeht, hat sie ihre Funktion als stellvertretender FDJ-Sekretär der Seminargruppe mißbraucht, indem sie zusammen mit [REDACTED] Auffassungen verbreitete, die sich zunehmend als destruktiv und antisozialistisch erwiesen. Weiterhin wird in dieser Beurteilung ausgeführt, daß sie in vielfältigen Aussprachen Uneinsichtigkeit und charakterliche Mängel erkennen ließ. Da die KACHOLD keinerlei Bereitschaft zeigte, ihr fehlerhaftes Verhalten zu korrigieren und Konsequenzen zu ziehen, mußte sie am 7. 9. 1976 im Rahmen eines gegen sie geführten Disziplinarverfahrens exmatrikuliert und zeitweilig vom Studium an allen Universitäten und Fachschulen der DDR ausgeschlossen werden.

(Blatt der Akte)

- 5 -

Nach ihrer Exmatrikulation begann die Beschuldigte erneut eine Tätigkeit als Laborantin im VEB Jena-Pharm. Wie aus der Beurteilung dieser Arbeitsstelle hervorgeht und es der Zeuge [REDACTED] bestätigte, war ihre früher bekannte positive Einstellung zu gesellschaftlichen Fragen nicht mehr erkennbar. Seitens des Betriebes wird eingeschätzt, daß die Informationen und Argumente der KACHOLD Nachrichtenmedien der BRD entstammen. Die Zeugin [REDACTED] führt aus, daß die Beschuldigte infolge ihres Auftretens etwas außerhalb des Arbeitskollektivs stand.

(Blatt der Akte)

Durch den kontinuierlichen Empfang von Sendungen des BRD-Rundfunks und -Fernsehens sowie durch falsche Interpretation von Veröffentlichungen der Presseorgane der DDR, entwickelte die Beschuldigte seit geraumer Zeit eine sich ständig verstärkende ablehnende Haltung zum realen Sozialismus und zu den gesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR. Sie gelangte zu der Überzeugung, daß die klassenmäßige Berichterstattung in den Massenkommunikationsmitteln der DDR einseitig und zweckgebunden sowie die Politik der DDR-Regierung in bestimmten Teilbereichen unrichtig sei. Dies führte dazu, daß sie die Maßnahme der Regierung der DDR gegen BIERMANN und die damit verbundene Hetze in den Massenmedien der BRD sofort als Möglichkeit aufnahm, in der Öffentlichkeit gegen die gesellschaftlichen Verhältnisse der DDR aktiv aufzutreten. Sie bezog sofort nach Bekanntwerden des Beschlusses der Aberkennung der Staatsbürgerschaft BIERMANNs eine ablehnende Haltung zu demselben und schenkte der diesbezüglichen Berichterstattung im BRD-Fernsehen Glauben. Wie die Zeugin [REDACTED] und der Zeuge [REDACTED] übereinstimmend ausagen, trat die KACHOLD unmittelbar nach Bekanntwerden des Beschlusses im Arbeitskollektiv gegen denselben auf. Sie hat dort diese staatliche Maßnahme herabgewürdigt, indem sie sie als "keine legale Art" und "grobes Unrecht" bezeichnete. Weiterhin hat die Beschuldigte zu diesem Zeitpunkt öffentlich erklärt, daß der Beschluß, BIERMANN nicht wieder einreisen zu lassen, schon vor dessen Ausreise festgestanden habe.

BSU
000271

- 6 -

6

Sie bezeichnete es als "Schwäche und Ohnmacht eines Staates, wenn dieser die sogenannte Kritik eines Künstlers nicht vertrage." Dabei bediente sie sich mit diesen Äußerungen entgegen den Erklärungen und Veröffentlichungen in der Presse der DDR des Vokabulars und der erfundenen Darstellung imperialistischer Massenmedien.

(Blatt der Akte)

Am 19. 11. 1976 empfing die KACHOLD die im Fernsehen der BRD ausgestrahlte Sendung über das Auftreten des BIERMANN in Köln. Auf Grund ihres eigenen politischen Standpunktes erkannte sie den antisozialistischen Charakter dieser Sendung nicht und wurde in ihrer Auffassung bestärkt, daß dieser Auftritt lediglich Ausdruck der sogenannten künstlerischen Freiheit sei und rechtfertigte ihn damit.

Als die Beschuldigte am 20. 11. 1976 von einem Jenaer Bürger erfuhr, daß gegen diesen Beschluß Unterschriften gesammelt würden, war sie sofort bereit die in diesem Zusammenhang vorgelegte "Erklärung der Berliner Künstler vom 17. 11. 1976" abzuschreiben. Sie verfolgte dabei das Ziel, auf der Grundlage dieses Schreibens anderen Bürgern gegenüber die Entscheidung der DDR-Regierung zu verleumden.

(Blatt der Akte)

Nach Kenntnis des Wortlauts der "Erklärung der Berliner Künstler vom 17. 11. 1976" trat die KACHOLD am 22. 11. 1976 in ihrem Arbeitskollektiv erneut gegen den Beschluß der DDR-Regierung auf. Wie aus der Zeugenaussage hervorgeht, tätigte sie hierbei erneut die Maßnahmen der DDR-Regierung herabwürdigende Äußerungen. Die Beschuldigte bezeichnete es als "moralisch verwerflichen Akt", daß BIERMANN die Wiedereinreise in die DDR verweigert worden wäre. Zur Bekräftigung ihrer Argumentation führte sie in diesem Zusammenhang die "Erklärung der Berliner Künstler vom 17. 11. 1976" an.

(Blatt der Akte)

BStU
000272

- 7 -

7

Am Abend des 22. 11. 1976 suchte die Beschuldigte 3 ihr bekannte Bürger auf. Wie der Zeuge aussagte, agierte die KACHOLD auch gegenüber diesen Personen in herabwürdigender Weise gegen die Entscheidung der DDR-Regierung, indem sie diese als für sie "moralisch nicht akzeptabel" und "unrechtmäßig" bezeichnete. Weiterhin führt der Zeuge aus, daß sie ihre Absicht bekundet habe, gegen den Beschluß der Regierung der DDR aufzutreten. Als der Beschuldigten ablehnend gegenübergetreten wurde, hielt sie die Thematik BIERMANN in diesem Personenkreis nicht länger aufrecht.

(Blatt der Akte)

Auch nach der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen sie zeigte sich die Beschuldigte uneinsichtig. Sie setzte ihr Verhalten in der Öffentlichkeit fort und versuchte dabei zielgerichtet dahingehend zu wirken, daß positive Stellungnahmen zu der Entscheidung der DDR-Regierung verhindert werden. Am 13. oder 14. 12. 1976 brachte sie, wie aus der Zeugenaussage hervorgeht, erneut das Gespräch im Arbeitskollektiv auf die Maßnahme der Regierung der DDR. Dabei bekräftigte sie wiederum ihre Meinung, daß der Beschluß "Unrecht" gewesen sei. Dabei zitierte sie ein Gedicht mit der Aussage, daß in den sozialistischen Staaten sogenannte "Andersdenkende unterjocht" würden. Gegenargumente des Zeugen beachtete die Beschuldigte nicht. Wie sie aussagt, war sie nicht bereit, den Standpunkt des Zeugen zu überdenken, da dieser die Auffassung der Partei und Regierung der DDR vertrat.

Wie im Arbeitskollektiv und bei früheren Auseinandersetzungen verhielt sich die KACHOLD auch während der Untersuchung uneinsichtig und versuchte ständig, die von ihr begangenen Handlungen zu bagatelisieren.

(Blatt der Akte)

BStU
000273

215

Aktenzeichen: S 55/77 (En)
211-20/77

URTEIL

Im Namen des Volkes!

In der Strafsache

gegen die Laborantin Gabriele K a c h o l d geb. Stötzer,
geb. am 14. 04. 1953 in Emleben,
wohnhafte Erfurt, Triftstr. 41,
in dieser Sache in U-Haft seit dem 06.01.1977,

wegen Staatsverleumdung

hat die Strafkammer des Kreis-gerichts Erfurt-Nord
in der Hauptverhandlung vom 17.05.1977 an der teilgenommen haben:

Direktor Ackermann
als Vorsitzender
Technologe Harry Lippold
Sachbearbeiterin Karin Schüler
als Schöffen
Herr Dahme
als Staatsanwalt
Herr Rechtsanwalt Lange
als Verteidiger
/ /
als gesellschaftlicher Ankläger/gesellschaftl. Verteidiger
Justizprotokollant Frau Stieber
als Protokollführer

Das Urteil ist seit 25. Mai 1977 rechtskräftig
Erfurt, den 27. Mai 1977
Sekretär

BSTU
000251

für Recht erkannt:

- Die Angeklagte wird wegen mehrfacher Staatsverleumdung - Vergehen gem. § 220 Abs. 1 Ziff. 1 StGB - zu einer Freiheitsstrafe von 1 - einem - J a h r verurteilt.
- Die Angeklagte hat die Auslagen des Verfahrens zu tragen.

Best.-Nr. 220 50 - Urteilsurschrift - I. Instanz (§ 245 StPO)
Vordruckbetrieb Demos Osterwick

Ag 305-DDR IV-27-13 O

Gründe für das Einstellen:

Die Zielstellung der op. Bearbeitung der IM OV "Kapitän" registrierten Personen wurde erreicht. Die Personen [redacted] und Kachold, Gabriele wurden zu Freiheitsstrafen verurteilt, bei der Person [redacted] erfolgte gesellschaftliche Auswärtung.

Bei Einstellung eines Operativ-Vorganges bzw. einer Operativ-Vorlaufakte ausfüllen!

Zusammenfassung des Ergebnisses der Bearbeitung der im Vorgang registrierten Personen in Übereinstimmung mit dem Personenindex Form 2 und den Angaben im Schlußbericht.

Anzahl der im Vorgang registrierten Personen	Datum
3	
Davon:	
in Ermittlungsverfahren mit Haft erfaßt	2 Personen
in Ermittlungsverfahren ohne Haft erfaßt	"
in Ermittlungsverfahren (Fahndung) erfaßt	"
Geworben	"
Vorbeugende, erzieherische u. a. operative Maßnahmen	1
Übergeben an andere Organe	"
Nicht vorhandene Möglichkeit der Weiterbearbeitung	"
Geringfügigkeit	"
Krankheit/Tod	"
Unschuld erwiesen	"
Nichtbestätigung, nicht identisch	"

Der Vorgang ist ~~gesperrt~~ - nicht gesperrt* - abzulegen
* Nichtzutreffendes streichen

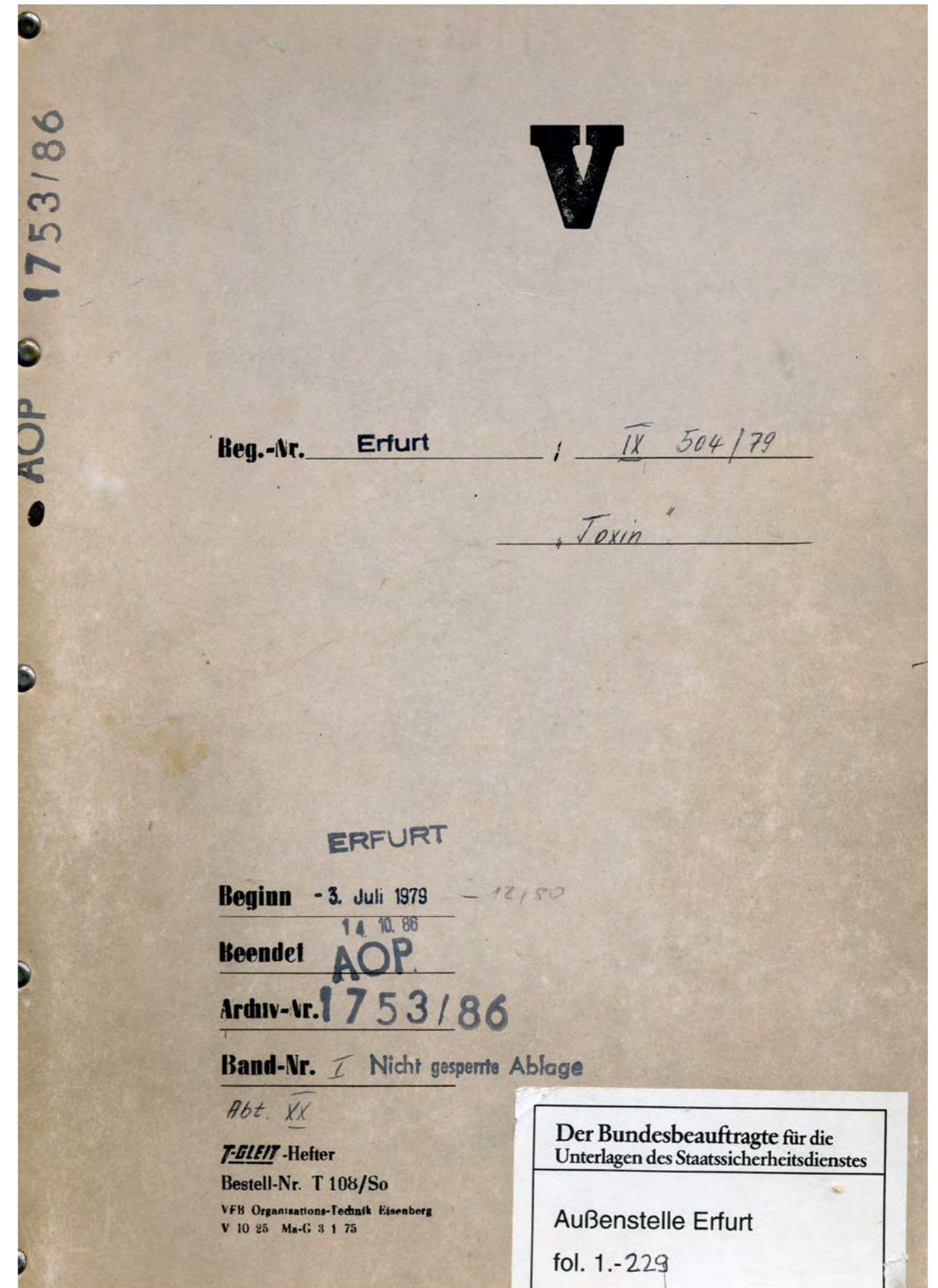
Inhalt der Akte Blatt

Bestätigt am: 18.10.77 vom: Boiler
Oberst Unterschrift *

Stahl
Hauptmann
Mitarbeiter *
Haase
Oberstleutnant
Leiter der Dienst Einheit *

* Anmerkung: Zusätzlich Name und Dienstgrad mit Maschine bzw. Druckschrift angeben.

AOP „Toxin“



3

MfS/BV/Verw. Erfurt Erfurt
 Dienst Einheit XX
 Mitarbeiter Barth Reg.-Nr. IX 504/79

BStU
 000006
 den 18.06.79

Beschluss

über das Anliegen
 eines Operativen Vorganges

1. Deckname Toxin
 2. Tatbestand § 106 StGB

eines Ermittlungsverfahrens
 (nur bei Ermittlungsverfahren ohne Haft/gegen Unbekannt/bei Übernahme von anderen Organen)

1. Tatbestand

eines Vorganges über Feindobjekt

1. Bezeichnung des Objektes

eines Sicherungsvorganges

Gründe für das Anliegen:

Die K., Gabriele wurde bereits im OV "Kapitän" unserer DE wegen Sammlung von Unterschriften gegen die Aberkennung der Staatsbürgerschaft von Biermann op. bearbeitet und gemäß § 220 StGB zu 1 Jahr Freiheitsentzug verurteilt. Inoffiziell ist bekannt, daß die K. umfangreiche Verbindungen zu Personen unterhält, bei denen ebenso wie bei ihr der Verdacht der Organisierung einer politischen Untergrundtätigkeit gegeben ist. Das Ziel der vorgangsmäßigen Bearbeitung besteht darin Beweise gemäß § 106 StGB zu erarbeiten.

Barth, Ultn.
Mitarbeiter *

Haase, OSL.
Leiter der Dienst Einheit *

Bestätigt am: 25.6.79 vom [Signature]
Unterschrift *

Anmerkung: * Zusätzlich Name und Dienstgrad mit Maschine bzw. Druckschrift angeben.

Form 1b 792 1075 50.0

8

BStU
 000012

Erfurt, 20. Juni 1979
 ba-hm

Bestätigt:
 Leiter der Abteilung XX
 Haase
 Oberstleutnant

Abteilung XX/5

Operativplan zur Bearbeitung des OV "Toxin", Reg.-Nr. IX 504/79

Im OV "....." werden die Personen
 ..Kaschold, Gabriele.....
 ..[Redacted].....

wegen Verdacht der staatsfeindlichen Hetze gem. § 106 StGB bearbeitet. Inoffiziell ist bekannt, daß sie umfangreiche Verbindungen zu Personen unterhalten, bei denen ebenso der Verdacht der Organisierung einer politischen Untergrundtätigkeit gegeben ist.

Zielstellung der operativen Bearbeitung

- Erarbeitung von Beweisen zum Inhalt und Charakter der Straftat
- Verhinderung feindlicher Handlungen sowie begünstigende Bedingungen und Umstände für eine Straftat festzustellen, zu beweisen und weitestgehend einzuschränken oder zu beseitigen
- Aufklärung und operative Kontrolle der Verbindungen in der DDR und im Operationsgebiet
- Aufklärung der dominierenden Motive, Hintergründe und Einflüsse für die Begehung der Straftat

2

Ziel der Aufgabenstellung	Maßnahmen	Termin	verantwortw.	Kontrolle
1. Einleitung operativer Überprüfungsmaßnahmen	Von allen Personen, zu denen Verbindungen bestehen und die in unserem Bezirk wohnhaft oder tätig sind, sind die entsprechenden KMK-Angaben zu beschaffen sowie die Arbeitsstellen zu ermitteln.	29. 6. 79	Ultn. Barth Ref.-Ltr.	
	Überprüfung dieser Personen in den Speichern des MfS, der VP und des Zoll	29. 6. 79	Ultn. Barth Ref.-Ltr.	
	Beschaffung von Adremauszügen zum Wohnhaus der K., Gabrielle sowie zu umliegenden Häusern	3. 7. 79	Ultn. Barth Ref.-Ltr.	
	Überprüfte Personen, die nicht erfaßt sind, werden im Referat A der Abteilung KK-mäßig zur Gewinnung von operativen Hinweisen und Informationen erfaßt.	5. 7. 79	Ultn. Barth Ref.-Ltr.	
	Bei Vorhandensein von Archivmaterial zu erfaßten Personen ist dasselbe zu beschaffen und operativ auszuwerten.	5. 7. 79	Ultn. Barth Ref.-Ltr.	

BSStU
000013

9

Ziel der Aufgabenstellung	Maßnahmen	Termin	verantwortw.	Kontrolle
2. Einleitung von Kontrollmaßnahmen	Einleitung von Kontrollmaßnahmen in den Abteilung M und PZF zu Personen, die mit den erfaßten Personen in Verbindung stehen und Auswertung des eingegangenen Materials	sofort	Ultn. Barth Ref.-Ltr.	
	Über alle Personen, zu denen Verbindungen bestehen und in unserem Bezirk wohnhaft oder tätig sind, sind entsprechende Ermittlungen zu führen bzw. anzufordern.	18. 7. 79	Ultn. Barth Ref.-Ltr.	
	Über Personen, zu denen Verbindungen bestehen und in anderen Bezirken wohnhaft oder tätig sind, haben Koordinierungsmaßnahmen zur Kontrolle und Bearbeitung dieser Personen zu erfolgen.	18. 7. 79	Ultn. Barth Ref.-Ltr.	
3. Einsatz von IM/GMS zur Aufklärung und operativer Kontrolle der Personen im Arbeits- und Wohnbereich	Prüfen von Möglichkeiten des Einsatzes der IM "Bach" und "Raucher", welche schon bei der Bearbeitung des OV "Kapitän" zum Einsatz gekommen sind.	4. 7. 79	Ultn. Barth Ref.-Ltr. Ref.-Ltr.	
	In Absprache mit der KD Schwarzenberg ist der Einsatz des IM "Jürgen" weiter konkret festzulegen.	4. 7. 79	Ultn. Barth Ref.-Ltr. Ref.-Ltr.	

BSStU
000014

10

MfS - HA XX/2 00066 Berlin, den 25.6.1979

8982

BStU
000096

BVA/HA Xk
Abt./KD

Schriftenüberprüfung

Zur Überprüfung lag vor:
Tat-/Vergleichsmaterial zur Person Kuchold, Gabriele

Schriftart	Kl.-Nr.	Ergebnis
Schreibschrift	<u>12. 122 423 112 142/9-c-d-e</u>	<u>negativ</u> /positiv ⁺
Druckschrift	<u>1</u>	negativ/positiv ⁺
Schreibmaschine	<u>1</u>	negativ/positiv ⁺

Die Schrift wurde eingelegt/~~nicht eingelegt~~ in die Zentrale Tat-/Vergleichs-schriftensammlung.

.....
Signum

+) Die Schrift liegt bei uns unter der Kl.-Nr. 13 122 423 112 142/9-L12 in der Zentralen ~~Tat~~-/Vergleichsschriftensammlung ein. Material zum gleichen Schreiber befindet sich in folgender Dienst Einheit:
Bei der Vergleichsschrift stellt es sich um den Lebenslauf der Person Kuchold, der für die BV Erfurt Xk 12 eingelegt wurde. Die Akz. Nr. der BV Erfurt lautet: 4126/77

0 010 977 3.0

81 38

Ohne Anschreiben

MfS - HA XX (BV) (KD) Berlin 5.7.79
 BV für Staatssicherheit den XX/2/IV/ /79
 Abteilung XX / Leiter Tgb.-Nr. 8283
 Erfurt Enthält Blatt 8283

BStU
000095

Betreff: Übersendung von Tatbriefen

1. Zur Kenntnisnahme
2. Zur Stellungnahme
3. Zur weiteren Erledigung
4. Zur operativen Auswertung
5. Zur Bestätigung
6. Zum Verbleib
7. Mit der Bitte um

Stellv. Leiter der HA XX
Ludwig
Ludwig ir.km
Oberst Unterschrift

E/P/2297179 5h

Zutreffendes unterstreichen
O 407 576 20.0

2574

MINISTERRAT
DER DEUTSCHEN DEMOKRATISCHEN REPUBLIK
Ministerium für Staatssicherheit
Hauptabteilung XX

Berlin, den 28. 6. 1979
Tgb.-Nr. HA XX/2/ 8939 /79
ku-gk

0078

BStU
000089

Bezirksverwaltung
für Staatssicherheit
Abteilung XX
Leiter

Erfurt

Ein
12. JULI 1979
Lit. 2209
Fu.S.

Protestbriefe an das ZK der SED

Anliegend übersenden wir Ihnen Kopien von Protestbriefen, die durch 5 Personen aus Erfurt an den Generalsekretär des ZK der SED zum Versand gebracht wurden. Aus dem abgestimmten Inhalt der Briefe ergibt sich der Verdacht, daß die 5 Personen einer Gruppierung mit feindlichem Charakter angehören. Der Schreiber der Adressen auf allen Briefen ist offensichtlich der [REDACTED].
Zu einem der Schreiber des Briefinhaltes,

K a c h o l d , Gabriele,

liegt in der Zentralen Vergleichsschriftensammlung eine Einspeicherung durch Ihre Dienstseinheit unter der Nummer 4/26/77.

Es wird gebeten,

- eine Aufklärung der 5 Schreiber vorzunehmen und bis zum 6. 7. 1979 Auskunftsberichte an die HA XX/2 zu übersenden,

- die an der Diskussion, Abfassung und Versendung der Briefe beteiligten Personen in operative Bearbeitung zu nehmen, ihre feindlichen Pläne und Absichten aufzuklären, insbesondere das evtl. Zusammenwirken mit feindlichen Personen oder Organisationen aus dem Operationsgebiet aufzudecken und weitergehende Aktionen dieses Personenkreises in Richtung auf eine mögliche Ausweitung dieser Handlungen zu unterbinden.

Stellv. Leiter der HA
Ludwig
Ludwig
Oberst

Anlage
9 Blatt

1 x Person [REDACTED] an SV Gora / 4.7.79 m=
durch Gen. Fertig
für Baus
Legat Bonn - 04/10/79
zur Übergabe an
Gen. Fertig, SV Gora

VD-5.2.-01.13 © 7096 576 100.0

84

0088

Abt. XX/5 Erfurt, den 05.07.79

Informations-
bedarfsplan

BStU
000098

zum OV "Toxin" Reg.-Nr. IX 504/79

Im genannten OV werden die Personen

Kachold, Gabriele
[REDACTED]
[REDACTED]

wegen Verdacht der staatsfeindlichen Hetze gemäß § 106 StGB bearbeitet.
Bei der Beauftragung und Instruierung zum Einsatz kommender IM sind besonders nachfolgend genannte Probleme zu beachten :

- K., Gabriele wurde bereits gemäß § 220 StGB op. bearbeitet und zu 1 Jahr Freiheitsentzug verurteilt. Sie wurde im Januar 1978 nach verbüßung der vollen Haftzeit aus dem Strafvollzug entlassen.
- Das [REDACTED] absolvierten ein Studium an der PH Erfurt.
K., Gabriele und [REDACTED] wurden vorzeitig exmatrikuliert.

Folgende Fragen sind zu klären :

- Welche Verbindungen bestehen zwischen [REDACTED] ?
- Zu welchen Personen bestehen noch Verbindungen ?
- Wo werden sogenannte Treff's durchgeführt ?
- Wer sind die Teilnehmer an diesen Treffen?
- Inhalt, Motivation und Zielstellung derselben !
- Wer tritt besonders negativ bzw. als Rädelsführer in Erscheinung ?
- Bestehen Verbindungen nach dem NSW insbesondere BRD u. WB? (Personen sowie Feindobjekte)
- Bestehen Verbindungen zu ehemaligen DDR-Bürgern, die die DDR ungesetzlich verlassen haben, legal übergesiedelt sind bzw. aus dem Strafvollzug nach der BRD ausgewiesen wurden ?
- Welche Aktionen sind geplant u. welche Mittel u. Methoden sollen dabei angewandt werden?

Barth
Barth, Ultn

Abteilung XX/5

Erfurt, 4. Dezember 1979
ba-plBSTU
000132Beobachtungsbericht

Im Rahmen der Bearbeitung des OV "Toxin" wurde am 4. 12. 1979 eine Beobachtung der Person KACHOLD, Gabriele durchgeführt.

Zielstellung der Beobachtung:

- Wie gelangt die K. zur Arbeitsstelle?
- Kontaktaufnahme mit anderen Personen u.ä.
- Feststellung von Anlaufstellen nach der Arbeit (Kontaktaufnahmen mit wem?)
- Fotografische Aufnahmen vom Wohnort sowie der Arbeitsstelle der K. anfertigen!

Für die Zeit der Beobachtung erhält die K. den Decknamen "Nixe".

05.50 Uhr wurde mit der Beobachtung in Erfurt, Barkhausenstr. ■ begonnen.

05.23 Uhr verließ "Nixe" die Wohnung. Sie war bekleidet mit einer schwarzen Lederjacke, einer Niethose, braunen Halbschuhen mit starker Sohle. Über der linken Schulter trug sie eine Umhängetasche (mittelbraun, Kunstleder) und hatte in der rechten Hand einen leichten Einkaufsbeutel. Als sie das Wohnhaus verließ, benutzte sie die Barkhausenstraße in Richtung Hohenwindenstraße, überquerte dieselbe in Richtung Erfurt-Nordbahnhof. Anschließend begab sie sich zur Straßenbahnhaltestelle am Bahnhof Erfurt-Nord und durchquerte dabei die Fußgängerunterführung. Danach bestieg Nixe eine Straßenbahn der Linie 1 und fuhr bis zur Straßenbahnhaltestelle Wendenstraße.

06.33 Uhr verließ "Nixe" die Straßenbahn an genannter Haltestelle und durchquerte die Wendenstraße in Richtung Wermuthmühlengeweg. Diesen durchquerte sie ebenfalls und bog am gelben Gut ein. In dieser Straße befindet sich der Eingang zur Arbeitsstelle.

06.40 Uhr erreichte "Nixe" das Betriebsgelände des VEB Herrenschuhe "Talisman" Erfurt, Wermuthmühlengeweg ■. Seit diesem Zeitpunkt stand der Eingang des Betriebes unter ständiger Beobachtung.

12.10 Uhr wurde "Nixe" beim Verlassen des Betriebes wieder aufgenommen. Sie verließ den Betrieb in Richtung Straßenbahnhaltestelle Erfurt, Wendenstraße, Linie 1. In unmittelbarer Nähe der Straßenbahnhaltestelle, Karl-Marx-Alle, begab sich "Nixe" in ein Schuhgeschäft, kaufte ein paar Halbstiefel und verließ das Geschäft nach etwa 10 Minuten wieder.

12.27 Uhr bestieg "Nixe" kurz nach dem Verlassen des Geschäftes eine Straßenbahn der Linie 1 in Richtung Bahnhof Erfurt-Nord.

12.33 Uhr stieg "Nixe" an der Endhaltestelle der Straßenbahnlinie 1 in Erfurt-Nord aus und begab sich zu ihrer Wohnung, dabei benutzte sie wiederum die Fußgängerunterführung.

BSTU

000133

2

- 12.40 Uhr betrat "Nixe" das Wohnhaus, Erfurt, Barkhausenstr. ■
12.45 Uhr verließ "Nixe", bekleidet mit einem gestreiften Pullover, einer blauen Niethose, braunen Halbschuhen und einer schwarzen Tasche die Wohnung und begab sich im Laufschrift zur Straßenbahnhaltestelle der Linie 1 am Bahnhof Erfurt-Nord. Sie erreichte noch eine bereits schon abklingende Straßenbahn, die in Richtung Stadtzentrum fuhr. Dabei riß die Verbindung zu ihr ab. Obwohl sofort versucht wurde, die Straßenbahn einzuholen, was jedoch erst an der Straßenbahnhaltestelle der Linie 1, Augustiner Str. gelang, konnte die Verbindung zu "Nixe" nicht wieder aufgenommen werden.
13.00 Uhr wurde die Beobachtung abgebrochen.

Die Beobachtung wurde im Rahmen der operativ-taktischen Ausbildung der eigenen DE durchgeführt.

Barth
Unterleutnant

BStU
000185

0166 265
761


Abteilung XX/5

Erfurt, 6. August 1980
Ba/Ra

Anforderungsbild

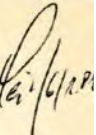
Zur op. Bearbeitung feindlich-negativer Personen bzw. -kreise, die der politischen Untergrundtätigkeit zuzurechnen sind, macht sich die Werbung einer Person mit nachgenannten Anforderungen erforderlich.

- männliche Person im Alter von 25. - 35 Jahren
- gute Allgemeinbildung (Abschluß 10. Klasse), wenn möglich Ausbildung mit Abitur bzw. Student oder ehemaliger Student (auch exmatrikuliert)
- sollte selbst o.g. Personenkreisen angehören oder mit ihnen sympathisieren
- künstlerische Begabung, evtl. bildende Kunst (Anfertigung von Keramikarbeiten, Drechselarbeiten u.ä.)
- Anforderungen an den Charakter:
 - . nicht schwatzhaft
 - . gesundes Selbstvertrauen
 - . kontaktstark
 - . anpassungsfähig
- Lebensweise müßte o.g. Personenkreisen angepaßt sein bzw. sich leicht anpassen lassen.


Barth
Unterleutnant

0160

155



Abteilung XX/7

Erfurt, 5. Januar 1981
pl

BStU
000178

IMV "Konrad"
übergeben am: 20. 8. 1980

übernommen:
Ltn. Stieler

Gabriele Kachold

Nach Bildvorlage erkannte ich auf Bild Nr. 1 die Person Gabi, die ich am 8. 8. 1980 in der Wohnung [redacted] persönlich kennenlernte. Aus ihren Worten konnte ich entnehmen, daß sie mich bereits aus der Vergangenheit im Zusammenhang mit [redacted] Ausstellungen wahrgenommen hatte.

Am 8. 8. 1980 unterhielt sich Gabi mit [redacted]. Ich hatte den Eindruck, daß sich beide ideell eng verbunden fühlen. Sie führten ein ungezwungenes Gespräch über Probleme, die beiderseitig im Einvernehmen standen.

Folgende Probleme habe ich am Rande eines anderen Gespräches erfassen können:

- Pleinair in Hüpstedt (Feststellung der Gabi, daß es angenehm zu beobachten war, daß alle Teilnehmer eine gleichgesinnte Einstellung zum Ausdruck brachten)
- Weitere Planungen von Pleinairs (diese schienen ihr als geeignete Form der Kommunikation untereinander - insbesondere war sie von der Haltung und Auftreten der Potsdamer Teilnehmer angetan)
- Erwähnungswert ist, daß im Gesprächsverlauf der beiden Personen (namentlich von mir nicht zu benennen) genannt wurden, die einen Antrag auf Ausreise laufen haben.

Abschließend sei bemerkt, daß Gabi mir gegenüber durchaus aufgeschlossen schien. Irgendwelche Vorbehalte mir gegenüber konnte ich nicht feststellen.

gez.: "Konrad"

Verteiler:
1 x XX/7
1 x XX/5

BStU
000217

Bild 1



Bild 2



1

2

3

Abteilung XX/5

Erfurt, 5. Januar 1981
ba-pl

0204

BStU
000228

Ergänzung
zum Sachstandsbericht vom 18. 9. 1980

Im vergangenen Bearbeitungszeitraum wurden folgende Aktivitäten der Personen

Kachold, Gabriele

festgestellt.

- Genannte Personen beteiligten sich am 12. 10. 1980 mit einem Verkaufsstand am "Zwiebelmarkt" in Weimar. Dabei wurden von ihnen hergestellte Kunstgewerbeartikel wie kleine Wandteppiche und Holzschnitzereien ausgestellt und verkauft.

An diesem Verkaufsstand wurden desweiteren die Personen

festgestellt. Letztgenannter ist

In diesem Zusammenhang wurde eine Bilddokumentation angefertigt.

- Am 18. 10. 1980 fand in der "Galerie im Flur" Erfurt, Anger Wohnung von ein Kunstgespräch mit dem Dresdener Künstler statt. An der Organisation des Kunstgespräches war die K., Gabriele maßgebend beteiligt.

An diesem Kunstgespräch waren 65 Personen, die vorwiegend durch die K., Gabriele eingeladen wurden, zugegen. Es wurde eingeschätzt, daß die gesamte Diskussion negativen Charakter trug. Gesprächsthemen waren u.a. die Neuregelungen des Pflichtumtausches für Personen aus dem NSW sowie die gegenwärtige Situation in der VR Polen.

Hervorzuheben ist, daß durch die K., Gabriele und deren engsten Verbindungskreis die Bewirtung der Gäste mit Speisen und Getränken, teils kostenlos, vorgenommen wurde.

Diese Feststellung ist insofern bedeutsam, da die K., Gabriele in keinem Arbeitsrechtsverhältnis steht und dennoch in der Lage ist, entsprechende materielle Aufwendungen für die Absicherung einer solchen Veranstaltung aufzubringen. Die K., Gabriele besitzt keine Gewerbeerlaubnis.

BSU
000229

- Am letzten Wochenende im November (28. - 30. 11. 80) hielten sich die K., Gabriele und [REDACTED] bei der in der Hauptstadt der DDR wohnhaften Person [REDACTED] und dessen Freundin [REDACTED] auf. Genächtigt wurde bei der [REDACTED]

- Aufgrund inoff. Hinweise wurde bekannt, daß sich die Person [REDACTED] aus Berlin ([REDACTED]) einen Webstuhl beschafft hat. Dieses Gerät soll nicht ganz funktionstüchtig sein. Nach den Angaben des [REDACTED] besteht jedoch die Möglichkeit, den Webstuhl in einem PKW zu transportieren.

Die in der Ergänzung zum Sachstandsbericht aufgeführten Aktivitäten wurden zum größten Teil durch den IMB "Konrad", Abt. XX/7, erarbeitet.

[Signature]
Barth
Unterleutnant

0065 63

Abteilung XX Erfurt, 30. März 1981
Sta/St

BSU
000068

bestätigt:
Stellvertreter Operativ

Boller
Oberst

Konzeption
zur Liquidierung einer operativ-bearbeiteten Privatgalerie

Im Rahmen des OV "Collage", Reg.-Nr. IX 2778/80, und des OV "Toxin", Reg.-Nr. IX 504/79, unserer DE wird die Privatgalerie

..... "Galerie im Flur", Erfurt, Anger 4?,

operativ bearbeitet.

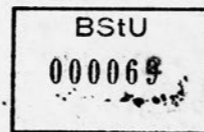
Im Verlauf der bisherigen operativen Bearbeitung wurde herausgearbeitet, daß der Charakter der von vorgenannter Galerie durchgeführten inoffiziellen Kunstausstellungen zunehmend durch das Wirksamwerden politisch-negativer bzw. operativ-bearbeiteter künstlerisch-tätiger Personenkreise bestimmt wird.

Dieser Sachverhalt widerspiegelt sich auch in den Bestrebungen der Organisatoren der Privatgalerie, am 4. 4. 81 eine Kunstausstellung mit Werken von Künstlern, die durch die HA XX/9 und die BV Dresden operativ bearbeitet werden, durchzuführen und in der ersten Maiwoche 1981 ein sogenanntes "Altstadtpleinair" mit hoher Öffentlichkeitswirksamkeit zu organisieren.

Ausgehend vom bisherigen Bearbeitungsstand des dem [REDACTED] und dem OV "Toxin" zugrunde liegenden Sachverhaltes machen sich gemäß dem Befehl 10/81 des Genossen Minister sowie der Weisung des Leiters der HA XX, Gen. Generalmajor Kienberg, vom 17. 3. 81 Maßnahmen erforderlich, die die Liquidierung der Tätigkeit der genannten Privatgalerie sowie die Verunsicherung und Zersetzung der operativ-bearbeiteten Personenkreise zur Zielstellung haben.

Die einzuleitenden Zersetzungsmaßnahmen erfolgen auf der Basis der Genehmigungspflichtigkeit von Veranstaltungen gemäß der "Veranstaltungsordnung" vom 30. 6. 80 und deren Nichtbeachtung durch die Organisatoren der Privatgalerie sowie des Sachverhaltes, daß unbenutzte Wohnräume mit legendierten Mietverhältnissen zweckentfremdet für die Tätigkeit einer Privatgalerie genutzt werden.

0066



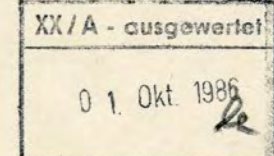
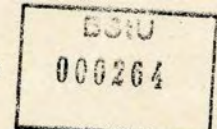
64

Auf der Grundlage einer Einbeziehung der örtlichen Staatsorgane sind folgende Maßnahmen einzuleiten, bei deren Realisierung unser Organ gegenüber den operativ-bearbeiteten Personen nicht vordergründig in Erscheinung tritt:

1. Informierung der zuständigen Partei- und Staatsorgane
 - 1.1. Anfertigung einer Parteiinformation an den 1. Sekretär der BL der SED zum operativ-bearbeiteten Sachverhalt
 - 1.2. Mündliche Informierung des Leiters der Abteilung Kultur beim Rat des Bezirkes Erfurt über den Charakter der Galerietätigkeit sowie über geplante inoffizielle Vorhaben der Organisatoren der genannten Einrichtung
2. Initiierung von Maßnahmen des Staatsapparates, die eine Liquidierung der Galerietätigkeit zum Ziel haben
 - 2.1. Veranlassung eines koordinierten Vorgehens der Abteilung Kultur beim Rat des Bezirkes mit dem Stadtrat für Kultur und der Abteilung Inneres beim Rat des Bezirkes und beim Rat der Stadt Erfurt
Genannte Einrichtungen haben ein Ersuchen um Einleitung eines Ordnungsstrafverfahrens gegen die Organisatoren der Privatgalerie gem. § 3 der Verordnung über die Durchführung von Veranstaltungen vom 30. 6. 80 (Gesetzblatt vom 15. 8. 80, Teil I Nr. 24) anzufertigen und an das VPKA Erfurt einzureichen.
 - 2.2. Grundlage für die unter Punkt 2.1. genannten Maßnahmen bilden die von der Abteilung Kultur beim Rat des Bezirkes Erfurt durchzuführenden Aussprachen mit den Organisatoren der Privatgalerie sowie die Weisung des Stadtrates für Kultur vom 24. 12. 80 über das Verbot der öffentlichen Publizierung der privaten Galerietätigkeit.
Nachweisführung, daß die Organisatoren im wiederholten Falle gegen die unter Punkt 2.1. genannte gesetzliche Bestimmung verstießen.
 - 2.3. Im Rahmen der durchzuführenden Aussprachen mit den Organisatoren der Privatgalerie durch die Vertreter der vorgenannten staatlichen Einrichtungen ist diesen unter Hinweis auf die Genehmigungspflichtigkeit der von ihnen organisierten Veranstaltungen innerhalb der Privatgalerie ein Verbot mit sofortiger Wirkung auszusprechen. Das Verbot ist aktenkundig zu dokumentieren und dessen Einhaltung mittels geeigneter Maßnahmen durch Vertreter der Abteilung Kultur beim Rat der Stadt zu kontrollieren.
 - 2.4. Im Zusammenhang mit der Realisierung vorgenannter Maßnahmen ist durch die Abteilung Kultur beim Rat der Stadt Erfurt eine Beschwerdeführung über den Oberbürgermeister an die Abteilung Wohnungspolitik beim Rat der Stadt bzw. an die KWV Erfurt zu initiieren. Im Mittelpunkt dieser Beschwerdeführung steht die

257

Abteilung XX/7

Erfurt, den 29. 9. 1986
sti-gobestätigt
Stellvertreter OperativHausburg
OberstleutnantAbschlußbericht
zum OV "Toxin", Reg.-Nr. IX/504/79

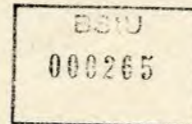
1. Im v. g. OV wurde die

Name, Vorname: *Kachold, Gabriele*
 PKZ: *140453 5 16420 Emleben*
 wohnhaft: *Erfurt, Bachhausstr. 4*
 erlernter Beruf: *med.-techn. Assistentin*
 Tätigkeit: *ohne ARV*
 Arbeitsstelle: *keine*
 Parteizugehörigkeit: *keine*
 Massenorganisationen: *keine*
 Familienstand: *geschieden*

sowie [REDACTED]

Name, Vorname: [REDACTED]
 PKZ: [REDACTED]
 wohnhaft: [REDACTED]
 erlernter Beruf: [REDACTED]
 Tätigkeit: [REDACTED]
 Arbeitsstelle: [REDACTED]
 Parteizugehörigkeit: [REDACTED]
 Massenorganisationen: [REDACTED]
 Familienstand: [REDACTED]

aufgrund von Aktivitäten der Organisation einer politischen Untergrundtätigkeit unter künstlerisch- und literarisch-tätigen



258

2

politisch-oppositionellen Personenkreisen bearbeitet. Die Bearbeitung des OV konzentrierte sich, wie im Sachstandsbericht vom 14. 5. 1985 bereits eingeschätzt, in der letzten Bearbeitungs-
 etappe ausschließlich auf die K., Gabriele, [REDACTED]

Bis Februar 1982 wurde im OV "Toxin" der zwischenzeitlich in die BRD übergesiedelte [REDACTED]

.....
 (KK-erfaßt XX/7)

bearbeitet. Aufgrund von Verdachtsmomenten gemäß §§ 105 und 213 StGB erfolgte von 1982 - 1984 die operative Bearbeitung des [REDACTED] im OV [REDACTED], Reg.-Nr. IX/182/82, unserer DE. Im Rahmen des gesamten Bearbeitungszeitraumes des OV "Toxin" stellten die Denk- und Verhaltensweisen bzw. die Aktivitäten, Kontakte, Verbindungen der K., Gabriele stets den Schwerpunkt der operativen Bearbeitung dar, so daß sich der vorliegende Abschlußbericht zum OV auf die zusammenfassende Einschätzung der operativen Bearbeitung zur K. konzentrieren kann.

2.

Die K. wuchs in geordneten familiären Verhältnissen auf. Die Eltern sind als Werkzeugmacher bzw. Buchhalterin tätig. Die K. erlernte nach Abschluß der 10. Klasse den Beruf einer medizinisch-technischen Assistentin. Anschließend legte sie an der Volkshochschule das Abitur ab, und nahm 1973 ein Studium an der PH Erfurt, Fachrichtung Deutsch/Kunsterziehung, auf. Aufgrund ihrer politisch-feindlichen Aktivitäten im Zusammenhang mit der Ausweisung des Wolf, Biermann wurde sie im November 1976 inhaftiert und zu einem Jahr Freiheitsentzug gemäß § 220 StGB verurteilt. Diese Strafe verbüßte sie in der StVE Hohen-eck. Einer Übersiedlung in die BRD stand sie bereits damals ablehnend gegenüber. Nach ihrer Haftentlassung am 5. 1. 1978 nahm sie eine Tätigkeit als Sachbearbeiter im VEB Herrenschuhe "Talissmann" Erfurt auf. Nebenberuflich war sie bereits damals mit der Herstellung kunstgewerblicher Gegenstände beschäftigt, womit sie sich seit 1979 ausschließlich den Lebensunterhalt verdiente.

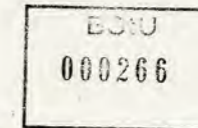
Sie war bestrebt, sich freischaffend als Schriftsteller auf auto-didaktischer Basis zu entwickeln. Materiell unterstützt wurde sie im wesentlich durch [REDACTED] sowie [REDACTED]

[REDACTED] Seit 1985 lebt die K. in der Wohnung [REDACTED]

.....
 Erfurt, Barkhausenstr. 4

in Lebensgemeinschaft mit dem [REDACTED]

.....
 (KK-erfaßt XX/7).



259

3

Bereits als Schülerin nahm die K. Kontakte zur Jungen Gemeinde bzw. zu deren Mitgliedern auf. Auf der Basis gemeinsamer literarischer und künstlerischer Interessen und Auffassungen befaßten sie sich mit bürgerlichen Kunst- und Kulturrichtungen sowie literaturtheoretischen Auffassungen, zur DDR-Literatur durch BRD-Publikationen. Begünstigt wurde diese Entwicklung durch Kontakte zu Personen in der Hauptstadt der DDR, die die K. mit der Problematik um den feindlichen Liedermacher Wolf Biermann konfrontierten. Die K. identifizierte sich mit dem Gedankengut des Biermann. Sie beschaffte sich seine in der BRD veröffentlichten Bücher bzw. Tonbandaufnahmen seiner Schallplatten, die Anfang der 70iger Jahre in der BRD erschienen. Die daraus resultierenden politisch-negativen bzw. feindlichen Auffassungen bzw. Plattformen traten während ihres Studiums an der PH Erfurt erstmals offiziell zu Tage. Mit ihrem damaligen Freundeskreis an der PH Erfurt vertrat sie zunehmend in Lehrveranstaltungen revisionistische Auffassungen, was zu ihrer Exmatrikulation im Oktober 1976 führte.

Nach der Ausweisung von Wolf Biermann war es dieser Personenkreis unter maßgeblicher Führung der K., der sofort Unterschriftensammlungen gegen die Maßnahmen der DDR organisierte und durchführte, worauf die Inhaftierung der K. erfolgte. Bereits damals wurde deutlich, daß die K. durch einen ausgeprägten Egos stets als zentrale Figur in ihrem Bekanntenkreis in Erscheinung treten will. Sie strebte insbesondere bei derartigen Aktionen bzw. später bei ihren privat organisierten Ausstellungen, Kunstaktionen usw. stets eine Führungsrolle an, was im Laufe der Zeit durch ihren jeweiligen Umgangskreis nicht oder nur bedingt akzeptiert wurde.

So ist festzustellen, daß sie nach ihrer Haftentlassung zunächst noch den Kontakt zu Personen aufrechterhalten konnte, die zwar politisch bzw. künstlerisch analoge Auffassungen wie die K. vertraten, jedoch als gemäßigt und sich dengesellschaftlichen Verhältnissen in der DDR weitestgehend anpassend eingeschätzt werden konnten. Als sich die Mehrzahl dieser Personen aufgrund der zunehmend als "chaotisch" bezeichneten Denk- und Verhaltensweisen der K. von ihr lösten (einschließlich ihres ehemaligen Ehemannes), wandte sie sich den Vertretern sogenannter Anarcho-Kultur zu, die sie im wesentlichen unter Punkanhängern fand. Ihre "künstlerischen" Produkte, wie Fotoserien, 8 x 8-Filme, "literarische" Werke, zeugen von dieser Tendenz, in der Merkmale der sogenannten Punkart gemäß westlichen Vorbildern zum Ausdruck kommen. Das Spektrum reicht von Körperbemalungen bis zu zotischen Texten, wobei die K. in ihrem Kreis stets das Extremste, Exaltierteste, "Unnormalste" anstrebte, was auch hier Konflikte mit der K. hervorrief.

BSIU
000267

4

260

Ihre literarischen Produkte werden als "überzogen" bezeichnet und wurden selbst von "Frauenbasisgruppen" der Evangelischen Kirche in Erfurt und Berlin abgelehnt.

Ihre politisch-oppositionelle Haltung wird bei den Inhalten dieser Produkte nicht sichtbar, wobei sie sich insbesondere nach den disziplinierenden Maßnahmen im Zusammenhang mit der Liquidierung der von ihr betriebenen Privatgalerie "Galerie im Flur" Erfurt bezüglich der Konfrontation mit staatlichen Organen vorsichtig verhält.

Im Verlauf der langjährigen Bearbeitung der K. ist einzuschätzen, daß sie gegenwärtig nicht dazu neigt, öffentlichkeitswirksame, demonstrative politisch-feindliche Handlungen zu begehen.

3. Die Eröffnung des OV "Toxin" erfolgte aufgrund von sogenannten Protestschriften der K. und ihres Freundeskreises an die Regierung der DDR, die gegen den Ausschluß von neun Schriftstellern aus dem Bezirksverband Berlin des Schriftstellerverbandes der DDR am 7. 6. 1979 gerichtet waren. In diese Aktion zog die K. damals die Personen

.....
(..... - KK-erfaßt BV Berlin),
.....
(KK-erfaßt XX/7),
..... mit ein.
(KK-erfaßt XX/7).

Dieser Personenkreis gehörte auch zum organisatorischen Kern der ehemaligen Privatgalerie "Galerie im Flur" Erfurt, Anger 41, die von Mai 1978 bis April 1981 existierte und durch umfangreiche zersetzende und disziplinierende Maßnahmen im Rahmen mehrerer OV/OPK unserer DE liquidiert wurden. Bei der Organisation von Aktivitäten dieser "Galerie", in der politisch-oppositionelle sogenannte Nachwuchskünstler ausgestellt worden sind, spielte die K. ab 1979 die dominierende Rolle. Durch ihren Einfluß erlangte die Galerie überbezirklichen Charakter und wurde in ihrem letzten Stadium zum festen Sammelpunkt politisch-oppositioneller Künstler und Kunstinteressenten. Als "Untergrundgalerie" war sie bei Berliner Exponenten der politischen Untergrundtätigkeit zu einem Begriff geworden. Durch die K. wurden neben den Ausstellungen auch Lesungen, Musikabende und Kunstdiskussionen organisiert und teilweise selbst geleitet bzw. durchgeführt.

Eine parallel durchgeführte Initiative zur Durchführung sogenannter Pleinair's alternativer sogenannter Nachwuchskünstler durch den

.....
(....., erfaßt XX/7)

BSIU
000268

5

261

wurde ebenfalls durch die K. maßgeblich initiiert und organisiert. Nach der Zerschlagung beider Aktivitäten durch Einbeziehung verantwortlicher Kräfte des Staatsapparates durch unsere DE orientierte sich die K. zeitweilig stark an der in Dresden und Berlin tätig gewesenem

.....
.....

die 1984 nach Westberlin übersiedelt wurde. Durch die war die K. in die Herstellung sogenannter Untergrundzeitschriften einbezogen worden und lieferte u. a. Beiträge für die in Dresden publizierte "UND" und die in Berlin vom ehemaligen DDR-Schriftsteller

.....

produzierte "Mikado". Hier veröffentlichte sie ihre literarischen Produkte, die zu diesem Zeitpunkt inhaltlich aus ihren Hafterinnerungen sowie aus sogenannten Frauenproblemen bestanden. Die von ihr hergestellte "Abschiedszeitung" der "Galerie im Flur" wurde von ihr nicht für Veröffentlichungen verwendet. Hierzu zählen auch sogenannte Gedächtnisprotokolle von den Aussprachen mit Vertretern des Staatsapparates.

Durch die wurde die K. ebenfalls angeregt, Fotoserien über Einzelpersonen zu machen und diese mit eigenen literarischen Produkten zu verbinden. So entstand die 1985 von der K. in Eigenherstellung von 10 Exemplaren gefertigte Zeitschrift "OT", die ihre abnorme Kunstauffassung und Schreibweise deutlich macht. Inoffiziell konnte ein Exemplar gesichert werden.

Neben der Herstellung von Fotoserien spielte seit 1984 zunehmend die Herstellung von 8 x 8-Schmalfilmen, die sogenannte Kunstaktionen bzw. -impressionen der K. zum Inhalt hatten, eine Rolle. Mit ihren Filmen beteiligte sie sich an der privat organisierten "Intermedia I" im Bezirk Dresden 1985, ohne dabei großen Anklang zu finden.

Über die ehemaligen DDR-Künstler

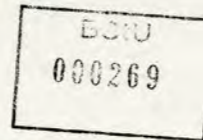
.....
.....

und

.....

wurden Filme der K. nach Westberlin verbracht und bei einem privat organisierten Festival in Westberlin vorgeführt. Von der Durchführung rechtlicher bzw. disziplinierender Maßnahmen wurde nach Absprache mit der HA XX im Zusammenhang mit weiterführenden operativen Interessen abgesehen.

Inoffiziell wurde herausgearbeitet, daß die K. diese "Festivalbeteiligung" nicht überbewertet, zumal sie in einer Rezension des "RIAS" nur mittelmaßige Kritiken bekommen haben soll.



6

262

Von operativer Bedeutung für die Bearbeitung des OV war die Integration der K. in Kreise der sogenannten Punkanhänger bzw. der in Erfurt ansässigen "Kunst-Punks" seit 1983. Im [REDACTED] (XX/2) wurden hierzu operativ-relevante Informationen erarbeitet, denen zufolge die K. maßgeblichen Anteil an der Durchführung sogenannter Punkartausstellungen in der Wohnung der im o. g. AOV bearbeiteten Person

[REDACTED]
.....
(KK-erfaßt, XX/2)

im Verlauf des Jahres 1984 hatte. Nach der Liquidierung der Ausstellungsmöglichkeit durch operative Maßnahmen 1985 zogen sich neben der K. ein Teil der Organisatoren dieser Ausstellungen, wie

[REDACTED]
.....
(erfaßt XX/5),

[REDACTED]
.....
([REDACTED] XX/7),

[REDACTED]
.....
(erfaßt XX/7)

zum Personenkreis des im Operativkomplex [REDACTED] unserer DE. Dort wurde im August 1985 gemeinsam eine Ausstellung in der Wohnung des im OV bearbeiteten

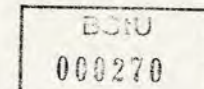
[REDACTED]
.....
besucht. Dabei wurde die K. auf die damals neu entstandene private Galerie in der Wohnung der

[REDACTED]
.....
wh. [REDACTED]
([REDACTED], XX/7)

aufmerksam. So kam es am 7. 6. 1986 in dieser Wohnung zu einer Ausstellung [REDACTED]

[REDACTED]
.....
([REDACTED])

anlässlich des Geburtstages der [REDACTED]. Dabei kam es zu einer Konzentration mehrerer Punkanhänger. Am 23. 8. 1986 fand eine Lesung eigener Werke der K. in der Wohnung der [REDACTED] statt, an der ca. 15 Personen teilnahmen, von denen die Mehrzahl operativ bekannt gewesen ist. Die K. las lyrische Produkte mit zotischem Charakter aus ihrer Zeitschrift "OT". Auch hier erhielt sie wenig Zustimmung.



7

263

Neben den genannten Aktivitäten der K. innerhalb des Bezirkes Erfurt, die deutlich machen, daß die K. an alle künstlerisch alternativen Aktivitäten, insbesondere in der Stadt Erfurt angebunden ist, sind ihre Verbindungen in die Hauptstadt der DDR von operativer Bedeutung. Obwohl zwischenzeitlich wesentliche politisch-feindliche Verbindungspersonen der K., wie

[REDACTED]
.....

[REDACTED]
.....

[REDACTED]
.....

[REDACTED]
.....

[REDACTED]
.....

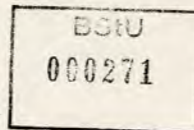
nach Westberlin übersiedelten, besitzt sie nach wie vor gute Kontakte zu den Schriftstellern

[REDACTED]
.....
und

[REDACTED]
.....
über die die K. 1984 in einer in der BRD erschienen Anthologie veröffentlicht wurde.

In Koordination mit der HA XX wurden zur Zurückdrängung der von der K. angestrebten Öffentlichkeitswirksamkeit Maßnahmen realisiert, eine Förderung der K. durch den Aufbau-Verlag, verbunden mit Veröffentlichungen im Luchterhand-Verlag der BRD zu unterbinden, da aufgrund der Denk- und Verhaltensweisen der K. eine Bindung bzw. Kanalisierung ihrer Person unrealistisch erscheint. Ebenfalls in Koordination mit der HA XX wurde die Genehmigung zur Teilnahme der K. an der "35. Internationalen Biennale der Poesie und des Theaters" in Liege/Belgien unterbunden. Die K. erhielt neben weiteren operativ bekannten sogenannten Nachwuchsliteraten der DDR eine Einladung auf privater Ebene. Die K. sah inoffiziellen Informationen zufolge die Einladung mit ihrem Auftritt im Rahmen einer Ausstellung in der Berliner Samariter-Kirche begründet. Nach eigenen Aussagen hatte sie bereits dem belgischen Veranstalter eine Zusage gegeben. Durch die HV Verlage/Buchhandel im MfK wurden die abschlägigen Bescheide gemäß der staatlichen Vereinbarung mit dem belgischen Veranstalter auch gegenüber der K. zum Ausdruck gebracht.

Als Reaktion auf die Ablehnung formulierte sie am 5. 9. 1986 an einen Verwandten in der BRD: "Wißt Ihr, bei mir braucht es einfach noch einige Zeit, bis ich die in der Öffentlichkeit gebräuchbaren Worte und Werte habe, was dann auch so etwas wie Anerkennung bringt, das kostet Geduld und Arbeit."



8

Zusammenfassend ist einzuschätzen, daß es im Rahmen der operativen Bearbeitung des OV gelungen ist, die wesentlichsten Aktivitäten der K. unter Kontrolle zu halten und die operativ-relevanten Aktionen der K., die der Organisierung einer politischen Untergrundtätigkeit zuzuordnen sind, rechtzeitig und nachhaltig disziplinierend zu liquidieren. Es konnten wesentliche allgemeingültige Erkenntnisse für die Bearbeitung von Erscheinungsformen der PUT gewonnen werden. Durch die genannten koordinierenden Maßnahmen mit der HA XX konnten die Bestrebungen der K. in der nächsten Zeit öffentlichkeitswirksam mittels Veröffentlichungen in der DDR und im NSW unterbunden werden. Die im Verantwortungsbereich getätigten Aktivitäten der K. sind weiter unter Kontrolle zu halten und bei Notwendigkeit weitere disziplinierende Maßnahmen zu realisieren. Durch ihre bewußte Vermeidung einer Konfrontation mit staatlichen Organen, indem sie ihre Aktivitäten stets mittels Drittpersonen nach außen hin absichert, sind rechtliche Sanktionen derzeit nicht als realisierbar einzuschätzen. Beachtung finden muß stets der ihr immanente Drang zur Organisierung Gleichgesinnter Personenkreise um sie herum, wobei die Zielstellung dieses jeweiligen Personenkreises stets differenziert zu beurteilen ist.

Im Rahmen einer KK-Erfassung ist die K. als politisch-oppositionelle künstlerisch und literarisch-tätige Person, die geeignet ist, unter bestimmten Bedingungen zu einer Potenz des Feindes zu werden, unter Kontrolle zu halten.

4.

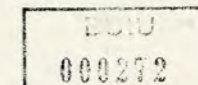
Im Zeitraum der operativen Bearbeitung des OV konnte die durchgängige Aufklärung und Kontrollegewährleistung werden. Durch zielgerichtete Blickfeldmaßnahmen und Kombinationen gelang es, insbesondere den

- AIMB "Konrad", XX/7
- IMB "Lutz Müller", XX/7
- IMB "Breaky", XX/2

ein Vertrauensverhältnis zur K. herzustellen und somit unmittelbare Hinweise auf Pläne und Absichten der K. sowie wesentliche Sachverhalte zu ihrem Persönlichkeitsbild zu erarbeiten.

Es gelang, im Rahmen der zersetzenden Maßnahmen durch Partner im POZW die K. weitestgehend zu disziplinieren und zu verunsichern, was sich in ihrem derzeitigen Verhalten gegenüber staatlichen Organen widerspiegelt.

Durch koordinierende Maßnahmen mit der HA XX und anderer BV des MfS gelang es, die Aktivitäten der K. außerhalb des Verantwortungsbereiches im wesentlichen unter Kontrolle zu halten. Die realisierten Maßnahmen zur Zurückdrängung der Öffentlichkeitswirksamkeit der K. sind dabei als wesentliches operatives Ergebnis der Koordinierung einzuschätzen. Für die erforderlichen weiteren Kontrollmaßnahmen ist der IMB "Breaky" zielgerichtet weiter zu beauftragen.



9

5. Entsprechend der unter Punkt 3. dargelegten Aktivitäten der K. ist bei der Analyse des Charakters und der Zielstellung zum gegenwärtigen Zeitpunkt eine weitere operative Bearbeitung im Rahmen eines OV nicht mehr gerechtfertigt.

Die Zersetzungs- und Zurückdrängungsmaßnahmen konnten die Wirkungsmöglichkeiten der K. bei ihren operativ-relevanten Aktivitäten einschränken. Zu den operativ-bedeutsamen Ergebnissen des OV wurden Operativinformationen an die HA XX bzw. eine Parteiinformation an den 1. Sekretär der BL Erfurt der SED (Liquidierung der "Galerie im Flur", "Eichsfeldplainairs") gefertigt. Im Punkt 3. wurde die weitere Kontrolle der K. im Rahmen einer KK-Erfassung begründet.

Bearbeitungsmaßnahmen

- Information an den 1. Sekretär der BL der SED (1981)
- Ablehnung beabsichtigter NSW-Reisen und -Veröffentlichungen (1986)
- Durchführung von Disziplinierungsgesprächen durch Partner des POZW
- Realisierung von Ordnungsstrafverfahren durch die DVP (1981, 1985)

Bearbeitungsergebnisse

- Zersetzungsmaßnahmen
- teilweise öffentliche Auswertung im Rahmen von Öffentlichkeitsarbeiten

Kategorisierung

4.3.

weitere Erfassungsart

Koch, Gabriele
KK-Erfassung

keine

Klassifizierung

nicht gesperrte Ablage

Leiter der Abteilung

[Signature]
StarK
Major

Referatsleiter XX/7

[Signature]
Stieler
Hauptmann

Abkürzungsverzeichnis

Abt.	Abteilung (MfS) – selbstständige Dienstseinheit
Abt. IX	Untersuchungsorgan
Abt. XX	Staatsapparat, Kultur, Kirchen, Untergrund
Abt. M	Postkontrolle
AIMB	archivierter IMB (siehe IMB)
AOP	archivierter Operativer Vorgang bzw. Feindobjektvorgang
AOPK	archivierte OPK-Akte
AOV	archivierter Operativer Vorgang
ARV	Arbeitsrechtsverhältnis
AU	archivierter Untersuchungsvorgang
AZ	Aktenzeichen
Bd.	Band
BL	Bezirksleitung
BRD	Bundesrepublik Deutschland
BStU	Der Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik
BT	Betriebsteil
BV	Bezirksverwaltung
bzw.	beziehungsweise
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DE	Dienstseinheit
d. h.	das heißt
DVP	Deutsche Volkspolizei (DDR)
lfd.	laufend
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund (DDR)
FDJ	Freie Deutsche Jugend
geb.	geboren
Gen.	Genosse
gez.	gezeichnet
HA	Hauptabteilung
HA XX	Überwachung der Opposition, der Kirchen sowie Sicherung der Parteien und Massenorganisationen
IM	Inoffizieller Mitarbeiter
IMB	Inoffizieller Mitarbeiter der Abwehr mit Feindverbindung bzw. zur unmittelbaren Bearbeitung im Verdacht der Feindtätigkeit stehender Personen
IM / GMS	Inoffizieller Mitarbeiter/Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit
IMV	IM-Vorlauf (MfS) – Person, die mit dem Ziel der Gewinnung zur inoffiziellen Zusammenarbeit
inoff.	inoffiziell
KD	Kreisdienststelle
KK	Kerblockkarte(i) – Erfassung von Personen nach Merkmalskategorien (z. B. Beruf)

KMK	Kreismeldekartei – in den Abteilungen Pass- und Meldewesen der Volkspolizeikreisämter
Ltn.	Leutnant
MfS	Ministerium für Staatssicherheit
M-Kontrolle	Postkontrolle
NSW	nichtsozialistisches Wirtschaftsgebiet
Ofw.	Oberfeldwebel
o. g.	oben genannt
Oltm.	Oberleutnant
op.	operativ
OPK	Operative Personenkontrolle
OV	Operativer Vorgang
PA-Nr.	Personalausweis-Nummer
PH	Pädagogische Hochschule
PKW	Personenkraftwagen
PKZ	Personenkennzahl – Identifizierungsnummer
POS	Polytechnische Oberschule
POZW	Politisch-operatives Zusammenwirken – des MfS mit staatlichen Einrichtungen
PZF	Post- bzw. Paketzollfahndung
Ref.	Referat
Ref.-Ltr.	Referatsleiter
Reg.-Nr.	Registernummer
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschland
StVE	Strafvollzugseinrichtung
Tgb.-Nr.	Tagebuchnummer
u. a.	unter anderem
u. ä.	und ähnliches
UHA	Untersuchungshaftanstalt
U-Haft	Untersuchungshaft
Ultm.	Unterleutnant
VEB	Volkseigener Betrieb
Verw.	Verwaltung
VP	Volkspolizei
VPKA	Volkspolizeikreisamt
VR	Volksrepublik
WB	Westberlin
ZK	Zentralkomitee
StGB	Strafgesetzbuch
§ 105 StGB	Fluchthilfe – „Staatsfeindlicher Menschenhandel“
§ 106 StGB	abweichende Meinungen äußern – „Staatsfeindliche Hetze“
§ 213 StGB	ungesetzliche Grenzübertritt – „Republikflucht“
§ 220 StGB	Öffentliche Herabwürdigung der staatlichen Ordnung
StPO	Strafprozessordnung
§ 122 Abs. 1 Ziffer 3 und 4 StPO	Voraussetzungen für die Anordnung der Untersuchungshaft

Das Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt

In 13 der 14 früheren DDR-Bezirkstädte außerhalb Berlins ist das Stasi-Unterlagen-Archiv mit einem Standort vertreten und sorgt damit für eine bürgernahe und regionale Aufarbeitung der Stasi-Unterlagen. An mehreren Standorten, so auch in Erfurt, vermitteln Informations- und Dokumentationszentren zusätzliches Wissen über die Geheimpolizei der DDR.

Archiv

Im Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt lagern etwa 4.500 Regalmeter Akten aus der Hinterlassenschaft der Bezirksverwaltung (BV) für Staatssicherheit Erfurt und den Kreisdienststellen (KD). Hinzu kommen rund 600 laufende Meter Karteien.

In Erfurt fand am 4. Dezember 1989 die erste Besetzung einer Stasi-Bezirksverwaltung durch Bürgerinnen und Bürger statt. Die landesweite Sicherung der Unterlagen nahm hier somit ihren Anfang.

Bürgerberatung

Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter beantworten unter anderem Fragen zu:

- persönlicher Antragstellung (auch Wiederholungsanträge)
 - Forschungs- und Medienanträgen
 - der Herausgabe von Kopien
 - der Entschlüsselung der Decknamen von Inoffiziellen Mitarbeitern (IM)
- Für die persönliche Antragstellung ist ein gültiges Personaldokument nötig.

Zusätzliche Angebote

In Veranstaltungen und Ausstellungen sowie in der Arbeit mit Schülerinnen und Schülern widmet sich das Stasi-Unterlagen-Archiv Erfurt dem regionalen Wirken der Staatssicherheit. Durch regelmäßige Archivführungen, Beispielakten, Filme, Vorträge und eine Dauer- ausstellung können Besucherinnen und Besucher Stasi-Geschichte vor Ort erleben.

Aktuelle Zahlen zu Beständen, zum Erschließungsstand sowie zu Veranstaltungen und Angeboten finden Sie unter www.stasi-unterlagen-archiv.de/erfurt



Foto: BStU

Die Adresse und Kontaktdaten des Stasi-Unterlagen-Archivs Erfurt finden Sie im Anhang.

Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße
Weitere Informationen zur ehemaligen Untersuchungshaftanstalt des Ministeriums für Staatssicherheit in Erfurt und zur Friedlichen Revolution finden Sie in der Gedenk- und Bildungsstätte Andreasstraße.

Stiftung Ettersberg
Andreasstraße 37a
99084 Erfurt

Tel.: 0361 219212-0
Fax: 0361 219212-20
andreasstrasse@stiftung-ettersberg.de
www.stiftung-ettersberg.de/andreasstrasse



Fotos: BStU/Dresden

Stasi-Unterlagen-Archiv

Akteneinsicht – Bestandserhaltung – Aufklärung über das Wirken der Stasi

Trotz massiver Aktenvernichtungen durch die Staatssicherheit sind insgesamt rund 111 Regal-Kilometer Schriftgut sowie zahlreiche Foto-, Film-, Video- und Tondokumente im Stasi-Unterlagen-Archiv erhalten geblieben. Es sind Zeugnisse eines Spitzelapparates, Dokumente über geplantes und begangenes Unrecht, über Anpassung und Verrat, aber auch Belege für Zivilcourage und Widerstand.

Seinen Hauptsitz hat das Stasi-Unterlagen-Archiv in Berlin. Zudem gibt es Standorte in zwölf ehemaligen Bezirksstädten der DDR: Chemnitz (ehem. Karl-Marx-Stadt), Dresden, Erfurt, Frankfurt (Oder), Gera, Halle, Leipzig, Magdeburg, Neubrandenburg, Rostock, Schwerin und Suhl. In Cottbus gibt es eine Beratungsstelle; hier ist ein Standort mit der Möglichkeit zur Akteneinsicht und mit Bildungsangeboten geplant.

Unabhängig vom Wohnort können Bürgerinnen und Bürger in allen Dienststellen Akteneinsicht beantragen und die eigenen Unterlagen einsehen. Zudem können Besucherinnen und Besucher bei Archivführungen, Veranstaltungen und Ausstellungen mehr über die Arbeit des Archivs und die Methoden und Wirkungsweise der Stasi erfahren.

Ausführliche Informationen finden Sie im Internet unter www.stasi-unterlagen-archiv.de und www.stasi-mediathek.de.

Kontaktdaten Berlin**Stasi-Unterlagen-Archiv**

Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin-Mitte
Postanschrift: 10106 Berlin
Tel.: 030 2324-50
post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Presseanfragen

Tel.: 030 2324-7181
presse.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Öffentlichkeitsarbeit / Campus

Tel.: 030 2324-7196
GZ.KW2@bundesarchiv.de

Bürgerberatung

Beratung zu Antragstellung und Einsicht in die Stasi-Unterlagen ist zu folgenden Zeiten möglich:
Mo-Do 08:00-17:00
Fr 08:00-14:00
Telefonische Beratung und Terminvereinbarung:
030 2324-7000

Anfragen zur Akteneinsicht für Forschung und Medien

Tel.: 030 2324-9051/-9061
GZ.AU5@bundesarchiv.de
GZ.AU6@bundesarchiv.de

Abteilung Kommunikation und Wissen

Tel.: 030 2324-7171
kommunikation@bundesarchiv.de

Fachbibliothek

Bitte entnehmen Sie die Öffnungszeiten dem Online-Auftritt der Bibliothek:
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bibliothek
Tel.: 030 2324-6826
bibliothek.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Ausstellungen und Dokumentationen

Tel.: 030 2324-6731
GZ.BF3@bundesarchiv.de

Stasi-Zentrale. Campus für Demokratie**Besucherzentrum**

„Haus 22“
Ruschestraße 103
10365 Berlin
Täglich von 10:00-18:00 geöffnet

Ausstellung zum Stasi-Unterlagen-Archiv

„Einblick ins Geheime“
„Haus 7“
Ruschestraße 103
10365 Berlin
Tel.: 030 2324-6699
einblick-ins-geheime@bundesarchiv.de
Öffnungszeiten:
Mo-Fr 10:00-18:00
Sa, So 11:00-18:00
Weitere Informationen finden Sie unter:
www.einblick-ins-geheime.de

Bildungsteam

„Haus 1“
Ruschestraße 103
10365 Berlin
Tel.: 030 2324-6757
bildung.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de
Weitere Informationen finden Sie unter:
www.stasi-unterlagen-archiv.de/bildung

Stasimuseum

Ausstellung „Staatssicherheit in der SED-Diktatur“
„Haus 1“
Ruschestraße 103
10365 Berlin
Öffnungszeiten:
Mo-Fr 10:00-18:00
Sa, So, Feiertag 11:00-18:00
Tel.: 030 553 68 54
info@stasimuseum.de
Weitere Informationen finden Sie unter:
www.stasimuseum.de

Kontaktdaten Brandenburg**Standort Frankfurt (Oder)**

Fürstenwalder Poststraße 87
15234 Frankfurt
Tel.: 0335 6068-0
frankfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Cottbus

Karl-Marx-Straße 7
03044 Cottbus
Aktuelle Termine finden Sie auf
www.stasi-unterlagen-archiv.de

Kontaktdaten Mecklenburg-Vorpommern**Standort Neubrandenburg**

Neustrelitzer Straße 120
17033 Neubrandenburg
Tel.: 0395 7774-0
neubrandenburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Rostock

Straße der Demokratie 2
18196 Waldeck-Dummerstorf
Tel.: 038208 826-0
rostock.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Schwerin

Görslow, Resthof
19067 Leezen
Tel.: 03860 503-0
schwerin.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Sachsen-Anhalt**Standort Halle**

Blücherstr. 2
06122 Halle
Tel.: 0345 6141-0
halle.stasiunterlagenarchiv.bundesarchiv.de

Standort Magdeburg

Georg-Kaiser-Str. 7
39116 Magdeburg
Tel.: 0391 6271-0
magdeburg.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Sachsen**Standort Chemnitz**

Jagdschänkenstraße 52
09117 Chemnitz
Tel.: 0371 8082-0
chemnitz.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Dresden

Riesaer Straße 7
01129 Dresden
Tel.: 0351 2508-0
dresden.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Leipzig

Dittrichring 24
04109 Leipzig
Tel.: 0341 2247-0
leipzig.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Kontaktdaten Thüringen**Standort Erfurt**

Petersberg Haus 19
99084 Erfurt
Tel.: 0361 5519-0
erfurt.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Gera

Hermann-Drechsler-Straße 1
Haus 3
07548 Gera
Tel.: 0365 5518-0
gera.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Standort Suhl

Weidbergstr. 34
98527 Suhl
Tel.: 03681 456-0
suhl.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Dokumentenhefte

Einblicke in das Stasi-Unterlagen-Archiv

Bisher erschienen:

Aktion „Gegenschlag“

Die Zerschlagung der Jenaer Opposition 1983

88 S., Berlin 2013

Die Stasi in Stuttgart

Ausgewählte Dokumente aus dem Stasi-Archiv

80 S., Berlin 2013

Udo rockt für den Weltfrieden

Das Konzert von 1983 in den Stasi-Unterlagen

112 S., Berlin 2013

„Eingeschränkte Freiheit“

Der Fall Gabriele Stötzer

80 S., Berlin 2014

Operativer Vorgang „Inspirator“

Der Weimarer Montagskreis

110 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am

7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Rostock, Schwerin, Neubrandenburg

78 S., Berlin 2014

Kommunalwahlfälschung am

7. Mai 1989

in den ehemaligen DDR-Bezirken Leipzig, Dresden, Karl-Marx-Stadt (Chemnitz)

82 S., Berlin 2014

Gefängnis statt Rolling Stones

Ein Gerücht, die Stasi und die Folgen

132 S., Berlin 2014

„Überall kocht und brodel es ...“

Stasi am Ende – die ersten Tage der Friedlichen Revolution in Sachsen

106 S., Berlin 2014

Niedersachsen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“

92 S., Berlin 2014

„Keine Gewalt!“

Stasi am Ende – die Demonstrationen im Herbst '89

132 S., Berlin 2014

„Stasi raus – es ist aus!“

Stasi am Ende – die letzten Tage der DDR-Geheimpolizei

160 S., Berlin 2015

Hessen und die Stasi

Die Überwachung im „Operationsgebiet West“

58 S., Berlin 2015

Tschernobyl

Der Super-GAU und die Stasi

82 S., Berlin 2016

„Staatsbürgerliche Pflichten grob verletzt“

Der Rauswurf des Liedermachers Wolf Biermann 1976 aus der DDR

112 S., Berlin 2016

„... anarcho-terroristische Kräfte“

Die Rote-Armee-Fraktion und die Stasi

111 S., Berlin 2017

Rheinland-Pfalz und die Stasi

Spionage, Überwachung, Verschleierung

77 S., Berlin 2017

„Blick in einen Zerrspiegel“

Der Fall Gilbert Radulovic in den Stasi-Unterlagen

128 S., Berlin 2018

Das geteilte Berlin und die Stasi

Spionage, Opposition und Alltag

119 S., Berlin 2018

Die Dokumentenhefte sind kostenlos beim Stasi-Unterlagen-Archiv erhältlich.

Herausgeber

Bundesarchiv

*– Stasi-Unterlagen-Archiv –
Karl-Liebknecht-Straße 31/33
10178 Berlin*

Postanschrift

10106 Berlin

Bestellung

Telefon: 030 2324-7777

Fax: 030 2324-6739

publikation.stasiunterlagenarchiv@

bundesarchiv.de

www.stasi-unterlagen-archiv.de



„Ein Sonderzug
zum Stasi-Irrwitz“

Karl Gaulhofer, Die Presse, Wien

Quellennachweis

Bundesarchiv

– Stasi-Unterlagen-Archiv –

S. 9 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1299/77, Bd. 1)
 S. 10 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 1, S. 8)
 S. 11 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 1, S. 33)
 S. 12 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 1, S. 60)
 S. 13 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 1, S. 38)
 S. 15 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 1)
 S. 16 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 2, S. 3)
 S. 17 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 1, S. 59)
 S. 18–24 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1299/77, Bd. 1, S. 11–17)
 S. 25 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1299/77, Bd. 1, S. 135)
 S. 27 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 2)
 S. 28 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 2, S. 8)
 S. 29 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 2, S. 5)
 S. 30–31 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 1, S. 15, 16)
 S. 32–33 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 2, S. 185, 186)
 S. 34–39 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 2, S. 267, 269–273)
 S. 40 (BArch, MfS, BV Erfurt, AU 444/78, Bd. 2, S. 251)
 S. 41 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1299/77, Bd. 1, S. 212 b)
 S. 43 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1)
 S. 44 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 6)
 S. 45–47 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 12–14)
 S. 48 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 96)
 S. 49 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 95)
 S. 50 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 89)
 S. 51 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 98)
 S. 52–53 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 132, 133)
 S. 54 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 185)
 S. 55 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 178)
 S. 56 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 217)
 S. 57–58 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 228, 229)
 S. 59–60 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 2, S. 68, 69)
 S. 61–69 (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 4, S. 264–272)

Bildnachweis

Bundesarchiv

– Stasi-Unterlagen-Archiv –

S. 56: (BArch, MfS, BV Erfurt, AOP 1753/86, Bd. 1, S. 217)
 Observationsfotos zum Personenkreis der G. Kochold anlässlich des Zwiebelmarktes 1980 in Weimar

Impressum

Herausgeber

Bundesarchiv
 – Stasi-Unterlagen-Archiv –
 Karl-Liebknecht-Straße 31/33
 10178 Berlin

Postanschrift: 10106 Berlin
 Telefon: 030 2324-50
 post.stasiunterlagenarchiv@bundesarchiv.de

Gestaltung

Pralle Sonne
 Berlin

Redaktion

Bundesarchiv
 – Stasi-Unterlagen-Archiv –
 Abteilung Kommunikation und Wissen
 10106 Berlin
 www.stasi-unterlagen-archiv.de

Titelfoto

Freigangskäfige der Stasi-Untersuchungshaftanstalt in der Erfurter Andreasstraße
 Quelle: Archiv Gesellschaft für Zeitgeschichte

Stasi-Mediathek

Zahlreiche Dokumente aus dem Stasi-Unterlagen-Archiv finden Sie online unter
 www.stasi-mediathek.de



Bei der Veröffentlichungen von Akten des Staatssicherheitsdienstes dürfen nach § 3 Absatz 3 Stasi-Unterlagen-Gesetz keine überwiegenden schutzwürdigen Interessen betroffener Personen beeinträchtigt werden. Aus diesem Grund wurden in diesem Dokumentenheft in Einzelfällen Namen, persönliche Angaben oder Textabschnitte geschwärzt.

Dieses Dokumentenheft ist Teil der Öffentlichkeitsarbeit des Stasi-Unterlagen-Archivs. Es wird kostenlos abgegeben und ist nicht für den Verkauf bestimmt. Weitere Informationen unter www.stasi-unterlagen-archiv.de

Abdruck und publizistische Nutzung sind nur mit Angabe des Verfassers und der Quelle sowie unter Beachtung des Urheberrechtsgesetzes gestattet.

© Bundesarchiv/Stasi-Unterlagen-Archiv 2014, Druckrate 03/22

